

Haushaltsplan 2027

Band 4 | Entwurf

Haushaltssicherungskonzept

Inhalt

Teil I. Erläuterungen zum Haushaltssicherungskonzept	1
1 Allgemeines	1
2 Rechtliche Grundlagen des Haushaltssicherungskonzeptes	2
2.1 Gesetzliche Grundlagen	3
2.2 Weitergehende Regelungen	3
3 Ausgangslage	4
3.1 Profil Stadt Bochum	4
3.2 Finanzwirtschaftliche Lage	5
3.2.1 Entwicklung der Jahresergebnisse	5
3.2.2 Eigenkapitalentwicklung	6
3.2.3 Liquiditäts- und Investitionskredite	7
3.3 Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes	8
4 Analyse der Fehlentwicklung	9
4.1 Dauerhafte Unterfinanzierung kommunaler Aufgaben	9
4.2 Personal-, Tarif- und Organisationsentwicklung	11
4.3 Demografische Entwicklung	11
4.4 Inflation und Preissteigerungen	11
4.5 Zinsentwicklung	12
4.6 Investitionsdynamik und Folgekosten	12
4.7 Standards und freiwillige Leistungen	12
4.8 Beteiligungen und Konzernstruktur	12
5 Strategischer Konsolidierungsrahmen	14
5.1 Nachweis des frühestmöglichen Haushaltsausgleichs	14
5.2 Clusterstrategie	15
5.3 Allgemeine Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen	16
5.4 Beteiligungen	17
5.5 Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement	17
5.6 Digitalisierung, KI und Prozesse	18
5.7 Personal und Orga	18
5.8 Sicherheit und Ordnung	19
5.9 Kultur und Integration	19
5.10 Schule und Bildung	20
5.11 Sport	20
5.12 Gesundheit	21
5.13 Jugend	21

5.14 Soziales	21
5.15 Infrastruktur	22
5.16 Nachhaltigkeit	22
5.17 Stadtentwicklung	23
5.18 Technischer Betrieb	23
5.19 Umwelt und Grün	23
6 Zukunftskonzept Bochum.....	24
6.1 Haushaltssicherung als Transformationsauftrag.....	24
6.2 Finanzielle Resilienz und Generationengerechtigkeit	24
6.3 Die digitale Verwaltung der Zukunft.....	25
6.4 Der Konzern Stadt Bochum	25
6.5 Nachhaltige Infrastruktur und kommunales Vermögen	25
7 Chancen und Risiken	26
7.1 Chancen	26
7.2 Risiken	27
Teil II - Konsolidierungsprogramm	29
Allgemeine Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen	30
Beteiligungen	32
Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement	34
Digitalisierung, KI und Prozesse	36
Personal und Orga.....	38
Sicherheit und Ordnung	41
Kultur und Integration.....	42
Schule und Bildung	45
Sport.....	47
Gesundheit	48
Jugend.....	49
Soziales	51
Infrastruktur	52
Nachhaltigkeit	53
Stadtentwicklung.....	54
Technischer Betrieb	55
Umwelt und Grün	57

Teil I. Erläuterungen zum Haushaltssicherungskonzept

Das Haushaltssicherungskonzept (HSK) der Stadt Bochum beschreibt den Weg zur Wiedererlangung einer dauerhaft gesicherten finanziellen Leistungsfähigkeit. Es verbindet die kurzfristige Konsolidierung des städtischen Haushalts mit einer langfristigen Transformation von Verwaltung und Aufgabenerfüllung.

1 Allgemeines

In den letzten Jahren hat sich die finanzielle Schieflage der Kommunen dramatisch verschärft. Unter anderem haben eine stagnierende Wirtschaft und steigende Inflationsraten aufgrund internationaler Krisen dazu geführt, dass die in Bundes- und Landesrecht festgelegten Leistungsversprechen, die größtenteils von den Kommunen getragen werden müssen, nicht mehr finanziert werden können. Innerhalb von wenigen Jahren hat sich das kommunale Defizit im Bundesgebiet seit 2023 von 6,6 Mrd. Euro auf rd. 31,9 Mrd. Euro in 2025 drastisch erhöht. Auch in der Stadt Bochum ist diese Trendwende seit 2024 zu erkennen und hat sich im Jahr 2026 noch einmal erheblich beschleunigt. Trotz einer insgesamt noch zu erkennenden positiven Entwicklung wesentlicher Steuererträge führen auch in Bochum insbesondere steigende Personalaufwendungen, Transferaufwendungen, Soziallasten, Investitionsbedarfe sowie inflationsbedingte Kostensteigerungen zu erheblichen strukturellen Haushaltsdefiziten.

Bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/2026 wurde deutlich, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Bochum grundlegend verändert hat, nachdem in den Vorjahren noch positive Jahresergebnisse erzielt und ausgeglichene Haushalte beschlossen werden konnten. Es zeichnete sich ab, dass ohne zusätzliche Finanzmittel von Bund oder Land im Rahmen ihrer Konnexitätsverpflichtung verbunden mit einem konjunkturellen Aufschwung in Deutschland und damit steigenden Steuereinnahmen die dramatische finanzielle Abwärtsspirale in den nächsten Jahren kaum aufzuhalten sein wird.

Im Verlauf des Jahres 2025 bestätigte sich diese Entwicklung. Zwar konnte das geplante Defizit durch außerordentlich hohe Gewerbesteuererträge zunächst reduziert werden. Gleichzeitig zeigten sich jedoch erhebliche strukturelle Risiken, insbesondere bei den Jugendhilfekosten, den Personalkosten sowie der Entwicklung der Zinsaufwendungen. Erschwerend kamen Ausfälle bei den Schlüsselzuweisungen sowie den Grundsteuererträgen in Folge der Grundsteuerreform und nicht auskömmlicher vom Land NRW empfohlener Hebesätze hinzu. Die positiven Gewerbesteureffekte konnten die grundlegende strukturelle Schieflage des Haushaltes lediglich vorübergehend abfedern. Ein Defizit im Jahresabschluss 2025 von rund 42 Mio. Euro konnte nicht abgewendet werden.¹

Diese Fehlentwicklung verstärkte sich in der Bewirtschaftung 2026, so dass am 14. April 2026 von der Kämmerin eine restriktive Haushaltsbewirtschaftung verfügt wurde. Das für 2026 geplante Defizit von 75,8 Mio. Euro sowie der erforderliche globale Minderaufwand von 37,6 Mio. Euro können in 2026 voraussichtlich nicht mehr durch reguläre Steuerungsmaßnahmen aufgefangen werden. Die Verwaltung wird daher mit der Bewirtschaftungsverfügung verpflichtet, ihre Haushaltsbewirtschaftung faktisch an den Maßstäben der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW auszurichten. Darüber hinaus wurde eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre verfügt.²

Zu Beginn der Planungsarbeiten für den Haushalt 2027 zeichnete sich auch bereits ab, dass zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2027 und zukünftiger Haushalte die Aufstellung

¹ Entwicklung des städtischen Haushalts 2026 und in den Folgejahren - Vorlage [20260420](#).

² Eckwerte zur Haushaltsplanung 2027 - Vorlage [20261026](#).

eines HSK mit massiven Konsolidierungsbedarfen in allen Bereichen des Stadtkonzerns erforderlich sein wird.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltes 2027 wurde dann eine strukturierte Konsolidierungsarchitektur unter Federführung des Dezernates II zusammen mit dem Verwaltungsvorstand erarbeitet. Da die Größenordnung des erforderlichen Konsolidierungsvolumens mit klassischen Einzelmaßnahmen nicht erreicht werden kann, wurde entschieden, die Konsolidierung als strategischen Transformationsprozess zu organisieren. Hierzu wurden thematische Cluster mit Themenverantwortlichen gebildet, die sämtliche wesentlichen Aufgaben- und Ressourcenbereiche der Stadtverwaltung sowie des Konzerns Stadt Bochum umfassen.

Durch diesen breit angelegten konzernweiten Prozess entstand schrittweise der Entwurf eines Konsolidierungsprogramms mit einem Gesamtvolumen von rund 165 Mio. Euro.

Ziele des nun aufgestellten HSK sind:

- Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs bis spätestens 2035
- Sicherung des kommunalen Eigenkapitals
- Vermeidung einer weiteren strukturellen Verschuldung
- Sicherung kommunaler Handlungsfähigkeit
- Zukunftsfähige Aufstellung des Konzerns Stadt Bochum

Die Rahmenbedingungen beim Aufstellen des HSK zeigen aber auch, dass solange von der Bundes- und Landesregierung keine wirksamen Entlastungsprogramme für die Kommunen aufgelegt werden, das Land den Verbundsatz im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes nicht weiter erhöht und wenigstens vom Bund die Veranlassungskonnexität auch rückwirkend auf bestehende Gesetze angewandt wird, neben den priorisierten eigenen Optimierungsansätzen eine erhebliche Einschränkung von Leistungen absehbar unvermeidbar sein wird. Die jüngsten Entlastungen in Form der Altschuldenhilfe oder des NRW Infrastrukturgesetzes zur Weiterleitung der Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes gehen zwar in die richtige Richtung, reichen aber nicht ansatzweise zur Stabilisierung der kommunalen Haushaltslage aus.

Frühzeitig ist seitens der Verwaltung bereits im Frühjahr 2026 eine erste Abstimmung zur Vorgehensweise mit der Bezirksregierung Arnsberg erfolgt. Die Kommunalaufsicht hat den vorgeschlagenen Weg, d.h. die Bildung von Themenclustern und die anschließende schrittweise Konkretisierung von Maßnahmen in den einzelnen Clustern dem Grunde nach in den Gesprächen als zulässigen Weg bestätigt.

Um die enge Anbindung der Politik in diesem Aufstellungsprozess eines politisch mehrheitsfähigen und genehmigungsfähigen HSK sicherzustellen, hat der Rat der Stadt Bochum in seiner Sitzung am 16.07.2026 auf Vorschlag der Verwaltung die Einrichtung eines Begleitgremiums „Haushalt und Haushaltskonsolidierung“ beschlossen (Vorlage Nr. [20261698](#)). Ziel des Gremiums ist es, den weiteren Aufstellungsprozess des Haushaltsplanes 2027 sowie die Entwicklung des HSK eng zu begleiten und einen frühzeitigen Informations- und Austauschprozess zwischen Verwaltung und Politik sicherzustellen.

2 Rechtliche Grundlagen des Haushaltssicherungskonzeptes

Die finanzwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen richtet sich nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen, insbesondere der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW).

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Nach § 75 GO NRW haben Gemeinden ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Wahrnehmung ihrer Aufgaben gesichert ist. Grundlage hierfür ist der Grundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit, wonach der Ressourcenverbrauch einer Generation grundsätzlich durch die jeweils gegenwärtige Generation zu finanzieren ist. Der gemeindliche Haushalt ist dabei in jedem Jahr in Planung und Rechnung auszugleichen.

Die dauerhafte Leistungsfähigkeit einer Kommune setzt voraus, dass:

- die laufenden Aufwendungen grundsätzlich durch laufende Erträge gedeckt werden,
- das kommunale Eigenkapital erhalten bleibt,
- notwendige Investitionen nachhaltig finanziert werden können und
- die Zahlungsfähigkeit dauerhaft gesichert ist.

Das HSK ist das zentrale Instrument zur Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft. Gemäß § 76 GO NRW ist ein HSK aufzustellen, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung:

1. der Ansatz der Allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel vermindert wird oder,
2. in zwei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils eine Verringerung der Allgemeinen Rücklage von mehr als einem Zwanzigstel vorgesehen ist,

oder

3. ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen wird.

Das HSK dient der Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Kommune. Es muss den nächstmöglichen Zeitpunkt bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wiederhergestellt wird. Das HSK ist Bestandteil des Haushaltsplans und bedarf der Genehmigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde.

Die Genehmigung soll grundsätzlich nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird.

Mit der Genehmigung bestätigt die Bezirksregierung nicht nur die rechnerische Herleitung des Konsolidierungspfades, sondern insbesondere die grundsätzliche Umsetzbarkeit der dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen.

2.2 Weitergehende Regelungen

Eine wesentliche Konkretisierung der gesetzlichen Vorgaben erfolgt durch die Ausführungserlasse des Landes Nordrhein-Westfalen zur Haushaltssicherung. Maßgeblich ist insbesondere der Ausführungserlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 07.03.2013, der die zuvor erlassenen Einzelregelungen, darunter den Ausführungserlass vom 09.08.2011, zusammenführt und fortentwickelt. Er bildet die zentrale Grundlage für die kommunalaufsichtliche Beurteilung von HSK und konkretisiert insbesondere die Anforderungen an Genehmigungsfähigkeit, Konsolidierungsfristen, Planungsgrundlagen, Fortschreibungen sowie die Darstellung von Konsolidierungsmaßnahmen.

Hierzu werden insbesondere geregelt:

- zulässige Konsolidierungszeiträume,
- Anforderungen an die Ergebnisprojektion,
- Ermittlung und Fortschreibung von Wachstumsraten für die Langfristprojektion,

- Voraussetzungen der Genehmigungsfähigkeit,
- Anforderungen an die Fortschreibung von HSK sowie
- Anforderungen an die Beschreibung, finanzielle Bewertung und Nachverfolgung von Konsolidierungsmaßnahmen.

Der Gesetzgeber verlangt ausdrücklich, dass der Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt spätestens aber nach 10 Jahren wiederhergestellt wird. Daraus folgt, dass grundsätzlich alle umsetzbaren Konsolidierungsmaßnahmen zeitnah zu realisieren sind. Eine bloße Streckung von Maßnahmen zur späteren Erreichung des Haushaltsausgleichs ist nicht zulässig. Vielmehr müssen die Kommunen nachweisen, dass der gewählte Konsolidierungspfad tatsächlich den frühestmöglichen realisierbaren Haushaltsausgleich darstellt.

Gleichzeitig stellen die Ausführungserlasse klar, dass Haushaltssicherung nicht ausschließlich durch klassische Sparmaßnahmen erfolgen muss. Zulässig und kommunalaufsichtlich anerkannt sind auch wirtschaftlich sinnvolle Organisationsentwicklungen, Personalentwicklungsmaßnahmen, Prozessoptimierungen, Digitalisierungsmaßnahmen, Investitionen mit nachhaltigem Konsolidierungsbeitrag, präventive Maßnahmen im Sozial- und Jugendbereich sowie wirtschaftliche Maßnahmen des Klimaschutzes, sofern diese innerhalb des Konsolidierungszeitraums zu einer dauerhaften Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Situation beitragen.

Die Kommunalaufsicht verlangt darüber hinaus, dass Konsolidierungsmaßnahmen

- nachvollziehbar beschrieben,
- finanziell bewertet,
- organisatorisch zugeordnet,
- zeitlich planbar und
- hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit plausibel dargestellt werden.

Das HSK ist kein statisches Dokument. Vielmehr ist es jährlich fortzuschreiben und an veränderte finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen. Die Fortschreibung erfolgt im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanung und berücksichtigt insbesondere

- neue finanzielle Entwicklungen,
- den Umsetzungsstand der Konsolidierungsmaßnahmen,
- neue Konsolidierungsbedarfe,
- Veränderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen sowie
- aktualisierte Ergebnis- und Finanzprojektionen.

3 Ausgangslage

3.1 Profil Stadt Bochum

Mit 358.880 Einwohnern (Stand 31.12.2025, Fortschreibung auf Basis Zensus 2022) gehört Bochum zu den größten kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens und übernimmt als Oberzentrum wesentliche Versorgungsfunktionen für die Region. Die Stadt verfügt über bedeutende Infrastruktur-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Verwaltungsstandorte.

Bochum ist zugleich Hochschul- und Wissenschaftsstandort von überregionaler Bedeutung. Mit der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum, der Hochschule für Gesundheit sowie weiteren Forschungseinrichtungen prägen Wissenschaft, Innovation und Wissenstransfer zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

Der tiefgreifende Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte hat die Haushaltsentwicklung der Stadt nachhaltig geprägt. Der Übergang von einer industriell geprägten Wirtschaftsstruktur

hin zu einer wissens- und dienstleistungsorientierten Stadtgesellschaft stellt hohe Anforderungen an die kommunale Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Trotz einer positiven Entwicklung der Gewerbesteuerbasis bleibt die finanzielle Leistungsfähigkeit weiterhin von konjunkturellen Entwicklungen sowie bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen abhängig.

Bochum steht wie viele Großstädte vor erheblichen Herausforderungen:

- Demografischer Wandel
- Alternde Bevölkerung
- Steigende Sozialausgaben
- Fachkräftemangel
- Zunehmende Anforderungen an Bildung und Integration
- Klima- und Umweltschutz
- Digitalisierung
- Hohe Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge

Diese Rahmenbedingungen wirken sich unmittelbar auf die langfristige Entwicklung des Haushalts aus.

3.2 Finanzwirtschaftliche Lage

3.2.1 Entwicklung der Jahresergebnisse

Die Stadt Bochum hat in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Konsolidierungserfolge erzielt. Das vorherige HSK 2012 konnte erfolgreich abgeschlossen und die Haushaltssicherung vorzeitig im Jahr 2020 verlassen werden. In den Folgejahren wurden positive Jahresergebnisse erwirtschaftet und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig gestärkt. Auch während der Corona-Pandemie, der Energiekrise sowie der wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine konnte die Stadt ihre Haushaltswirtschaft zunächst stabilisieren. Neben einer positiven Entwicklung der Gewerbesteuererträge gelang es, das Eigenkapital zu sichern und die finanzielle Leistungsfähigkeit insgesamt zu erhalten. Die nunmehr eingetretene Haushaltssicherungslage stellt daher keine Fortsetzung früherer kommunaler Haushaltsprobleme dar, sondern ist auf eine in den vergangenen Jahren deutlich verschärfte strukturelle Unterfinanzierung kommunaler Aufgaben sowie eine außergewöhnliche Dynamik der Aufwandsentwicklung zurückzuführen.

Die positiven Effekte einzelner außergewöhnlich ertragreicher Jahre konnten die zunehmende strukturelle Verschlechterung des Haushaltes lediglich zeitweise abfedern. Zunehmend wurde deutlich, dass die Ausgabendynamik in wesentlichen Aufgabenbereichen die Entwicklung der kommunalen Erträge dauerhaft übersteigt und dadurch strukturelle Finanzierungslücken entstehen. (z.B. Entwicklung der Personalaufwendungen, der Transferaufwendungen, der Jugend- und Sozialhilfekosten, steigende Zinsaufwendungen sowie die Folgen eines dauerhaft hohen Investitionsbedarfs). Die Langfristprojektion verdeutlicht die Dimension dieser Entwicklung. Selbst unter Berücksichtigung eines hohen Globalen Minderaufwandes verbleiben im gesamten Betrachtungszeitraum erhebliche Jahresfehlbeträge zwischen 164 Mio. Euro und 217 Mio. Euro. Der Langfristprojektion liegen grundsätzlich die in Kapitel 2.2 dargestellten Vorgaben der einschlägigen Erlasse zugrunde. Danach werden für die Fortschreibung der Haushaltspositionen entweder die auf Grundlage der letzten zehn Ist-Ergebnisse als geometrisches Mittel ermittelten durchschnittlichen Veränderungsraten oder, soweit einschlägig, die jeweils aktuellen Orientierungsdaten herangezogen.

Im Ergebnis dieser Langfristprojektion steht die Stadt Bochum damit nicht vor einem kurzfristigen Liquiditätsproblem, sondern einem strukturellen Defizit, das ohne grundlegende Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr ausgeglichen werden kann.

Nachfolgende Grafiken dienen der Veranschaulichung der vorangegangenen Ausführungen:

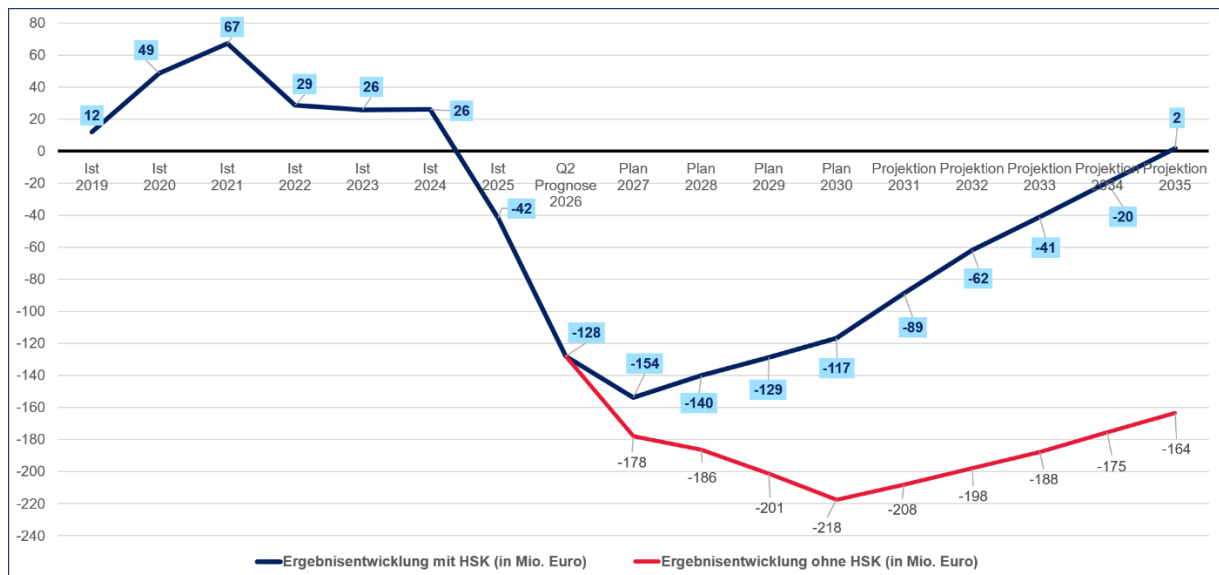


Abb. 1: Entwicklung der Jahresergebnisse 2019 bis 2025 sowie mittelfristige Haushaltsplanung 2027 bis 2030 und Einbeziehung der Langfristprojektion bis 2035 mit und ohne HSK

3.2.2 Eigenkapitalentwicklung

Das kommunale Eigenkapital bildet die finanzielle Substanz und Risikoversorge der Stadt Bochum. Es dient dazu, zeitlich begrenzte Haushaltsbelastungen aufzufangen und die dauerhafte Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Anhaltende Jahresfehlbeträge führen allerdings unmittelbar zu einem Verzehr der Rücklagen und damit zu einer Schwächung der kommunalen Finanzkraft.

Die aktuelle Ergebnisplanung zeigt, dass die vorhandenen Rücklagen ohne zusätzliche Gegensteuerungsmaßnahmen sukzessive aufgezehrt werden. Bereits im Jahr 2027 ist die Ausgleichsrücklage im Plan vollständig verbraucht. Dabei wurde für 2026 der aktuelle Prognosewert der Halbjahresprognose mit einem Defizit von rd. 128 Mio. Euro statt des geplanten Fehlbetrags von 76 Mio. Euro berücksichtigt. In den Folgejahren erfolgt eine zunehmende Belastung der Allgemeinen Rücklage. Damit werden die gesetzlichen Schwellenwerte des § 76 GO NRW überschritten (5% Inanspruchnahme je Jahr), wodurch die Pflicht zur Aufstellung eines HSK ausgelöst wird.

Der Erhalt beziehungsweise die Stabilisierung des kommunalen Eigenkapitals stellt deshalb eines der zentralen Ziele des vorliegenden HSK dar. Jede erfolgreich umgesetzte Konsolidierungsmaßnahme reduziert den zukünftigen Eigenkapitalverbrauch und verbessert die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt.

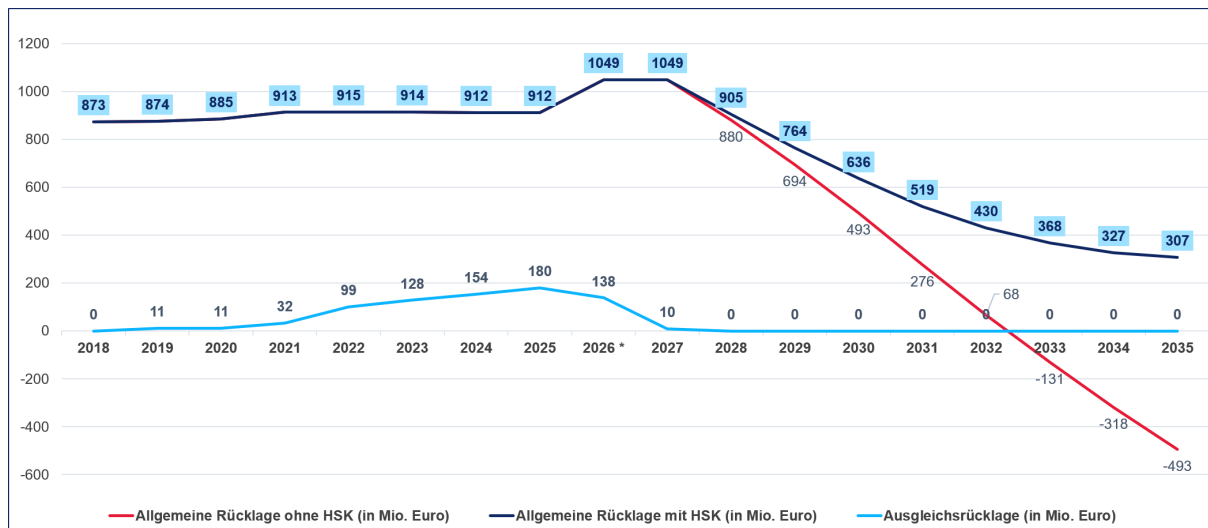


Abb. 2: Entwicklung des Eigenkapitals mit und ohne HSK³

3.2.3 Liquiditäts- und Investitionskredite

Die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bochum wird nicht nur durch die Ergebnisrechnung, sondern auch durch die Entwicklung der Verschuldung geprägt. Dabei ist zwischen Liquiditätskrediten und Investitionskrediten zu unterscheiden.

Liquiditätskredite dienen grundsätzlich der kurzfristigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit. Sie erfüllen damit eine ähnliche Funktion wie Betriebsmittelkredite in der Privatwirtschaft. Werden jedoch über einen längeren Zeitraum strukturelle Defizite erwirtschaftet, besteht die Gefahr, dass Liquiditätskredite zunehmend zur Finanzierung laufender Aufwendungen verwendet werden. In diesem Fall entwickeln sich kurzfristige Finanzierungsinstrumente schrittweise zu einer dauerhaften Belastung zukünftiger Haushalte.

Investitionskredite dienen demgegenüber der Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen. Sie schaffen langfristige Vermögenswerte und ermöglichen die Erfüllung zentraler Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Gleichwohl sind Kreditaufnahmen nicht folgenlos. Jede kreditfinanzierte Investition führt dauerhaft zu zusätzlichen Belastungen aus Abschreibungen, Zinsaufwendungen sowie Betriebs- und Unterhaltungskosten. Die finanzielle Wirkung von Investitionen endet daher nicht mit der Fertigstellung eines Projektes, sondern wirkt über Jahrzehnte in den Ergebnishaushalt hinein.

Die Stadt Bochum steht in den kommenden Jahren weiterhin vor erheblichen Investitionsherausforderungen. Dies betrifft insbesondere den Schulbereich, die Verkehrsinfrastruktur, die Digitalisierung, den Klimaschutz sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung einer zukunftsfähigen kommunalen Infrastruktur. Gleichzeitig führen die steigenden Investitionsvolumina zu einem kontinuierlichen Anstieg der Abschreibungen und der Finanzierungsaufwendungen. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen steigen die bilanziellen Abschreibungen nach aktueller Langfristprojektion von rund 119 Mio. Euro im Jahr 2027 auf rund 150 Mio. Euro im Jahr 2035. Parallel erhöht sich der jährliche Zinsaufwand von rund 67 Mio. Euro auf rund 141 Mio. Euro. Damit wachsen zwei der wesentlichen strukturellen Aufwandstreiber des städtischen Haushalts deutlich schneller als viele Ertragspositionen.

Aus Sicht des HSK kommt der Steuerung der Investitionstätigkeit daher eine besondere Bedeutung zu. Ziel ist nicht die generelle Reduzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen.

³ Für das Jahr 2026 basiert die Darstellung auf der aktuellen Halbjahresprognose. Sie weicht daher von anderen Darstellungen ab, denen für 2026 der Haushaltsansatz zugrunde liegt.

Vielmehr müssen Investitionen künftig stärker priorisiert, zeitlich gesteuert und hinsichtlich ihrer Folgekosten bewertet werden. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die dauerhaft zusätzliche Personal-, Betriebs- oder Finanzierungskosten verursachen. Die langfristige Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs setzt voraus, dass Investitionsentscheidungen zukünftig noch stärker unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung getroffen werden. Aus diesem Grund bildet die strategische Steuerung des Investitionsprogramms einen wesentlichen Bestandteil der Bochumer Konsolidierungsstrategie.

3.3 Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes

Die Stadt Bochum konnte in den vergangenen Jahren trotz vielfältiger Krisenereignisse überwiegend positive Jahresergebnisse erzielen. Hierzu haben neben einer insgesamt günstigen Steuerentwicklung auch verschiedene Entlastungseffekte beigetragen. Dazu zählen insbesondere die zeitweise Möglichkeit zur Isolation pandemiebedingter und krisenbedingter Haushaltsbelastungen nach den landesrechtlichen Sonderregelungen sowie weitere finanzielle Unterstützungen von Bund und Land im Zusammenhang mit den Folgen der Corona-Pandemie, des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Energiekrise. Diese teilweise nur buchhalterischen Entlastungen konnten jedoch die zugrundeliegende strukturelle Entwicklung lediglich vorübergehend überdecken.

Mit dem Jahresabschluss 2025 wurde erstmals seit 2017 wieder ein negatives Jahresergebnis ausgewiesen. Bereits die Prognosen für den Doppelhaushalt 2025/2026 machten deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine kurzfristige konjunkturelle Schwankung handelt, sondern um den Beginn einer dauerhaften strukturellen Fehlentwicklung. Die finanzielle Situation verschärfte sich im Verlauf des Jahres 2026 zusätzlich. Insbesondere die Entwicklung der Jugendhilfeaufwendungen und der Personalkosten, der Verlustübernahmen im Bereich des ÖPNV sowie der Zinsaufwendungen führte zu einer deutlichen Verschlechterung gegenüber den ursprünglichen Planannahmen. Hinzu kamen aufgrund der guten Entwicklung der Gewerbesteuer niedrigere Schlüsselzuweisungen und ausbleibende Grundsteuererträge in Folge der Grundsteuerreform. Die vom Land empfohlenen und vom Rat beschlossenen differenzierten Hebesätze konnten weder in 2025 noch in 2026 eine Aufkommensneutralität im Vergleich zu den Vorjahren sicherstellen. Außerdem mussten Rückstellungen für anhängige Klageverfahren gegen den Hebesatz für Nichtwohngrundstücke gebildet werden.

Die Langfristprojektion bestätigt diese Entwicklung. Selbst unter Berücksichtigung eines Globalen Minderaufwandes verbleiben im gesamten Betrachtungszeitraum erhebliche strukturelle Defizite. Die Jahresfehlbeträge bewegen sich dabei zwischen 164 Mio. Euro und 218 Mio. Euro jährlich. Ein eigenständiger Haushaltsausgleich kann ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr erreicht werden.

Gemäß § 76 Absatz 1 GO NRW ist ein HSK insbesondere dann aufzustellen, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren vorgesehen ist, den Ansatz der Allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Für die Stadt Bochum ist hierbei maßgeblich die sogenannte 5 %-Grenze der Allgemeinen Rücklage. Die aktuelle Ergebnisplanung der Stadt Bochum zeigt, dass die Ausgleichsrücklage bereits zu Beginn des HSK-Zeitraums vollständig aufgezehrt wird. Anschließend erfolgt die Finanzierung der Jahresfehlbeträge unmittelbar zulasten der Allgemeinen Rücklage. Die maximale zulässige Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage liegt nach den aktuellen Berechnungen bei anfänglich rund 52 Mio. Euro. Die Grenze sinkt in den Folgejahren abhängig von dem weiteren Abbau der allgemeinen Rücklage. Demgegenüber stehen Fehlbeträge von 164 Mio. Euro bis 218 Mio. Euro pro Jahr. Damit wird die gesetzliche Schwelle des § 76 GO NRW deutlich überschritten.

Besonders hervorzuheben ist, dass diese Entwicklung bereits unter Berücksichtigung eines nahezu maximal ansatzfähigen Globalen Minderaufwandes dargestellt wird. Die rechtlich zulässigen planerischen Entlastungsmöglichkeiten sind somit bereits ausgeschöpft. Trotz dieser Annahmen verbleiben erhebliche strukturelle Finanzierungslücken, die ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen nicht geschlossen werden können.

Die Voraussetzungen des § 76 GO NRW liegen für die Stadt Bochum vor. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt kann auf Grundlage der aktuellen Ergebnis- und Finanzplanung nicht mehr ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen sichergestellt werden. Die Stadt Bochum ist daher verpflichtet, ein HSK aufzustellen und darin den frühestmöglichen Weg zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts darzustellen. Das vorliegende HSK erfüllt diese Aufgabe und beschreibt den Konsolidierungspfad bis zum angestrebten Haushaltsausgleich im Jahr 2035.

4 Analyse der Fehlentwicklung

Die nachfolgenden Ausführungen analysieren die wesentlichen Ursachen der eingetretenen Fehlentwicklungen und bilden die Grundlage für die Ableitung der Konsolidierungsstrategie.

4.1 Dauerhafte Unterfinanzierung kommunaler Aufgaben

Die finanzielle Entwicklung der Stadt Bochum wird in erheblichem Maße durch Aufgaben beeinflusst, deren Umfang und Dynamik von der Stadt nur eingeschränkt gesteuert werden können. Bund und Land haben die Anforderungen an die kommunale Aufgabenerfüllung in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgeweitet und die Standards erhöht. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Integration, weitere soziale Sicherungssysteme, Bildung, Klimaschutz, Krisenmanagement, Feuerwehr- und Rettungsdienst sowie Digitalisierung. Gleichzeitig erfolgt die Finanzierung dieser Aufgaben vielfach nicht oder nicht in vollem Umfang. Die hieraus resultierenden Belastungen verbleiben dauerhaft in den kommunalen Haushalten.

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Die Ausgabenentwicklung hat sich in den vergangenen Jahren erheblich dynamisiert und gehört inzwischen zu den größten strukturellen Belastungsfaktoren des städtischen Haushalts. Die Aufwendungen wachsen dabei deutlich schneller als die verfügbaren Finanzierungsquellen und die Kommunen können diese Ausgaben kaum selbst steuern.

Die strukturelle Belastung des städtischen Haushalts wird zunächst anhand der Entwicklung der kommunalen Zuschüsse zur Kindertagesbetreuung deutlich. Die nachfolgende Abbildung stellt die Entwicklung der Zuschussbedarfe seit 2019 dar und bezieht mit der Prognose für 2026 sowie dem Planansatz für 2027 auch die voraussichtliche weitere Entwicklung ein.

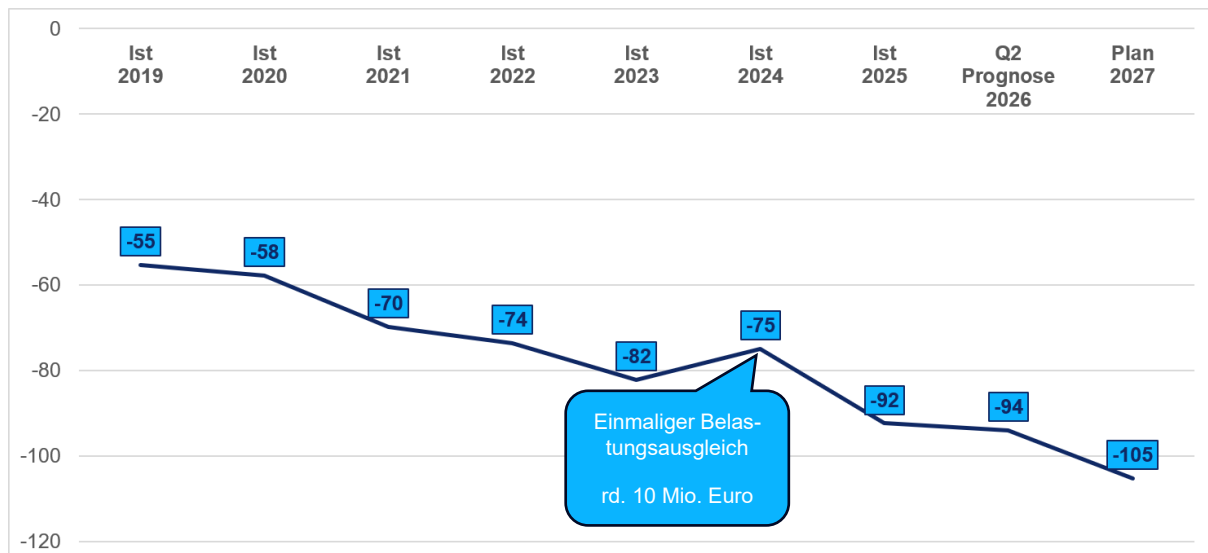


Abb. 3: Entwicklung der Kitazuschüsse 2019 – 2025 (ohne ILV) sowie Q2-Prognose 2026 und Plan 2027

Der kommunale Zuschussbedarf für die Kindertagesbetreuung erhöht sich von rund 55 Mio. Euro im Jahr 2019 auf voraussichtlich rund 105 Mio. Euro im Jahr 2027. Damit hat sich die jährliche Belastung innerhalb von acht Jahren nahezu verdoppelt.

Eine vergleichbare Entwicklung zeigt sich bei weiteren besonders kostenintensiven Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Hierzu zählen insbesondere die ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung, die Pflegegelder für Pflegefamilien sowie die Schulbegleitung im Rahmen der Eingliederungshilfe.

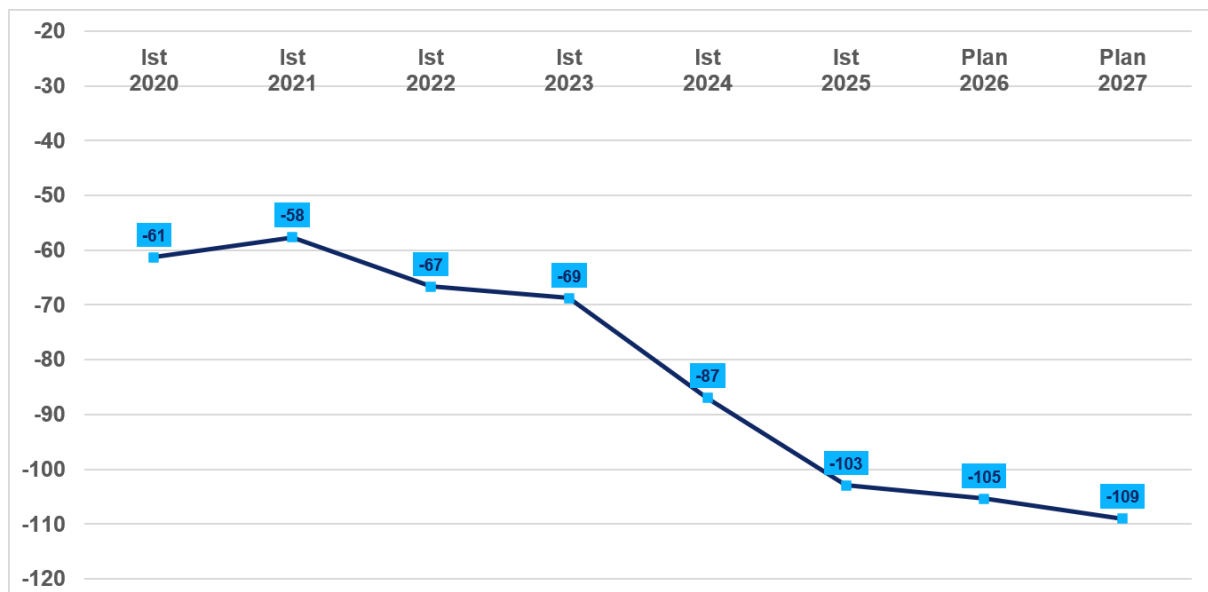


Abb. 4: Entwicklung der kostentreibenden Bereiche der Kinder und Jugendhilfe 2020 - 2025 sowie neuer, fortgeschriebener Planwert 2026 und Plan 2027 (hier dargestellt: Budgets der ambulanten und stationären Hilfe zur Erziehung, Pflegegelder (Pflegefamilien) und Schulbegleitung (Eingliederungshilfe))

Die dargestellten Aufwendungen steigen von rund 61 Mio. Euro im Jahr 2020 auf rund 103 Mio. Euro im Jahr 2025. Für den Zeitraum bis 2027 wird ein weiterer Anstieg auf rund 109 Mio. Euro erwartet. Besonders ausgeprägt ist die Entwicklung seit 2022: Innerhalb von nur drei Jahren haben sich die dargestellten Aufwendungen von rund 67 Mio. Euro auf rund 103 Mio. Euro erhöht. Auch für die mittelfristige Finanzplanung ist keine Entlastung erkennbar.

4.2 Personal-, Tarif- und Organisationsentwicklung

Die Entwicklung der Personalaufwendungen zählt zu den wesentlichen Ursachen der strukturellen Verschlechterung der städtischen Ergebnislage. Sie ist sowohl auf die Ausweitung des Personalbestandes infolge zusätzlicher Aufgabenübertragungen als auch auf die überdurchschnittliche Entwicklung der Tarif- und Besoldungskosten zurückzuführen.

Mit der Übertragung neuer oder veränderter rechtlicher Aufgaben, Fallzahlensteigerungen insbesondere in den Bereichen Jugend und Soziales sowie durch notwendige Stärkungen zentraler kommunaler Aufgabenfelder waren in den vergangenen Jahren erhebliche zusätzliche Einstellungen verbunden. Hierzu zählen insbesondere die Verstärkung von Sicherheit und Ordnung, der Bürgerdienste, die Umsetzung der Spielleitplanung, die Realisierung zusätzlicher Infrastrukturmaßnahmen sowie die fortschreitende Digitalisierung von Schulen und Verwaltung. Die Zahl der Beschäftigtenvollzeitäquivalente in der Kernverwaltung stieg zwischen 2018 und 2025 von rund 4.500 auf rund 5.100 und damit um etwa 600 Stellen. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf die Erweiterung gesetzlicher Anforderungen, steigende Fallzahlen sowie zusätzliche kommunale Aufgaben zurückzuführen. Jede zusätzliche Stelle führt dauerhaft zu einer Belastung des Ergebnishaushaltes und erhöht die strukturellen Personalaufwendungen der Stadt.

Neben der Entwicklung des Personalbestandes werden die Personalaufwendungen in erheblichem Umfang durch tarifliche und gesetzliche Rahmenbedingungen beeinflusst. Die außergewöhnlich hohen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre sowie entsprechende Besoldungsanpassungen haben zu einer dauerhaft erhöhten Kostenbasis geführt. Die Kommunen verfügen hierbei nur über sehr begrenzte Steuerungsmöglichkeiten, da die wesentlichen Rahmenbedingungen außerhalb ihres Einflussbereichs festgelegt werden.

Die Langfristprojektion verdeutlicht die finanzielle Wirkung dieser Entwicklungen. Ohne zusätzliche Gegensteuerungsmaßnahmen steigen die Personalaufwendungen von rund 461 Mio. Euro im Jahr 2027 auf rund 519 Mio. Euro im Jahr 2035. Damit gehören sie neben den Transferaufwendungen zu den bedeutendsten Aufwandstreibern des städtischen Haushalts.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels sowie der angespannten Haushaltslage kommt der Steuerung zukünftiger Personalbedarfe eine zentrale Bedeutung zu. Ziel des HSK ist es daher, Personalentwicklung, Organisationsentwicklung, Digitalisierung und Prozessoptimierung stärker miteinander zu verzahnen, um die langfristige Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch bei begrenzten finanziellen Ressourcen sicherzustellen.

4.3 Demografische Entwicklung

Bochum steht wie viele Großstädte vor tiefgreifenden demografischen Veränderungen. Die Alterung der Bevölkerung erhöht insbesondere den Bedarf an sozialen Leistungen, Gesundheitsleistungen, Pflegeangeboten sowie barrierefreier Infrastruktur.

Gleichzeitig verändern sich die Anforderungen im Bildungs- und Betreuungsbereich. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen. Der demografische Wandel wirkt sich darüber hinaus auf den Arbeitsmarkt aus. Die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte wird zunehmend schwieriger und beeinflusst langfristig die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung.

4.4 Inflation und Preissteigerungen

Die vergangenen krisengeschüttelten Jahre waren durch außergewöhnliche Preissteigerungen geprägt. Besonders betroffen waren Energie, Bauleistungen, technische Infrastruktur, IT-

und externe Dienstleistungen. Die Auswirkungen beschränken sich nicht auf kurzfristige Belastungen. Preissteigerungen führen dauerhaft zu einer höheren Kostenbasis und wirken sich sowohl auf laufende Aufwendungen als auch auf zukünftige Investitionsmaßnahmen aus. Für Bochum bedeutet dies, dass geplante Projekte heute mit deutlich höheren Kosten umgesetzt werden müssen als noch wenige Jahre zuvor. Gleichzeitig erhöht sich der Aufwand für Betrieb, Unterhaltung und Bewirtschaftung kommunaler Infrastruktur.

4.5 Zinsentwicklung

Nach mehreren Jahren historisch niedriger Zinssätze hat sich das Finanzierungsumfeld grundlegend verändert. Die Zinswende wirkt sich unmittelbar auf die Finanzierung kommunaler Investitionen sowie auf die Entwicklung der Kreditbestände aus. Da Bochum weiterhin vor erheblichen Investitionsbedarfen steht, steigen die Belastungen aus Zinsaufwendungen deutlich an. Gleichzeitig führen die erwarteten Defizite auch zu einer spürbaren Erhöhung der Liquiditätskredite. Nach der aktuellen Langfristprojektion (ohne Berücksichtigung von HSK-Maßnahmen) erhöht sich der jährliche Zinsaufwand von rund 67 Mio. Euro im Jahr 2027 auf rund 141 Mio. Euro im Jahr 2035.

4.6 Investitionsdynamik und Folgekosten

Bochum verfolgt seit Jahren eine ambitionierte Investitionsstrategie. Der erhebliche Investitionsstau aus den vergangenen Haushaltskrisen muss bewältigt werden. Weitere Schul- und Sportinfrastruktur, Verkehrsinfrastruktur, Sicherheit und Ordnung, Digitalisierung und Klimaschutz uvm. erfordern erhebliche Investitionsmittel. Investitionen sind notwendig und zukunftsorientiert. Gleichzeitig verursachen sie langfristige finanzielle Folgewirkungen. Jede Investition führt zu zusätzlichen Abschreibungen, Zinsbelastungen sowie Betriebs- und Unterhaltungskosten.

Nach aktueller Langfristprojektion steigen die Abschreibungen bei unverändertem Investitionsvolumen von rund 119 Mio. Euro im Jahr 2027 auf rund 150 Mio. Euro im Jahr 2035. Parallel hierzu erhöht sich der Zinsaufwand erheblich. Die finanzielle Leistungsfähigkeit zukünftiger Haushalte wird dadurch zunehmend eingeschränkt. Aus diesem Grund kommt der Priorisierung von Investitionen innerhalb des HSK eine besondere Bedeutung zu.

4.7 Standards und freiwillige Leistungen

Die Stadt Bochum verfügt über ein breites Spektrum freiwilliger Leistungen und kommunaler Standards, die wesentlich zur Lebensqualität innerhalb der Stadt beitragen. Viele dieser Leistungen wurden in wirtschaftlich stärkeren Jahren aufgebaut oder ausgebaut. Hierzu zählen unter anderem freiwillige Zuschüsse, Förderprogramme, kulturelle Angebote, Maßnahmen der Stadtbildpflege, Verbesserungen im Bereich Sicherheit und Ordnung, Sportförderung sowie weitere zusätzliche kommunale Serviceleistungen.

Angesichts der aktuellen Haushaltslage müssen diese Standards künftig stärker auf ihre finanzielle Tragfähigkeit überprüft werden. Ziel des HSK ist dabei nicht der pauschale Abbau freiwilliger Leistungen, sondern die kritische Überprüfung von Wirtschaftlichkeit, Zielerreichung und Finanzierbarkeit. Jedoch können Einschränkungen zukünftig nicht verhindert werden, sofern eine strukturelle Entlastung der Kommunen von Bund und Land ausbleibt. Daher ist zum aktuellen Zeitpunkt insbesondere auch im Mittel- und Langfristzeitraum des HSK die Benennung solcher Einschnitte unumgänglich.

4.8 Beteiligungen und Konzernstruktur

Ein wesentlicher Teil der kommunalen Aufgaben wird außerhalb des Kernhaushalts durch Beteiligungsunternehmen wahrgenommen. Die Entwicklung dieser Gesellschaften wirkt sich

unmittelbar auf die finanzielle Situation der Stadt Bochum aus. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem öffentlichen Personennahverkehr zu. Die aktuelle Entwicklung der Verlustübernahmen zeigt einen deutlichen Anstieg der städtischen Belastungen. Nach den aktuellen Wirtschaftsplanungen steigt z. B. der Verlustausgleich für die BOGESTRA von rund 101 Mio. Euro im Jahr 2027 auf mehr als 121 Mio. Euro im Jahr 2030 an.

Die Weiterentwicklung der Konzernsteuerung, die wirtschaftliche Optimierung von Beteiligungen sowie die stärkere Nutzung konzernweiter Synergien stellen daher wesentliche Bestandteile der Bochumer Konsolidierungsstrategie dar. Im Bereich des ÖPNV kann bei ausbleibender Finanzierung der Verkehrswende jedoch auch eine Anpassung des Leistungsangebots unumgänglich werden.

5 Strategischer Konsolidierungsrahmen

Die Analyse der Haushaltsentwicklung hat gezeigt, dass die finanzwirtschaftlichen Herausforderungen der Stadt Bochum nicht auf einzelne Sachverhalte oder vorübergehende Belastungen zurückzuführen sind. Vielmehr handelt es sich um eine strukturelle Entwicklung, die nahezu alle wesentlichen Aufgabenbereiche des städtischen Haushalts betrifft. Die Ursachen liegen sowohl in externen Rahmenbedingungen als auch in langfristigen Veränderungen innerhalb der kommunalen Aufgabenwahrnehmung.

Vor diesem Hintergrund kann die Wiederherstellung eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts nicht allein durch kurzfristige Einsparmaßnahmen oder einzelne Haushaltskürzungen erreicht werden. Vielmehr bedarf es eines strategischen und langfristig angelegten Konsolidierungsprozesses, der finanzielle, organisatorische und strukturelle Ansatzpunkte gleichermaßen berücksichtigt. Das HSK der Stadt Bochum verbindet daher klassische Haushaltskonsolidierung mit Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung, Organisationsentwicklung, Investitionssteuerung und einer stärkeren Konzernsteuerung. Darüber hinaus werden Leistungseinschränkungen aufgezeigt, die bei ausbleibender Unterstützung durch Bund und Land oder eines deutlichen wirtschaftlichen Aufschwungs mittel- bis langfristig umgesetzt werden müssten.

Primäres Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Sicherung einer leistungsfähigen kommunalen Daseinsvorsorge. Zur Steuerung dieses Prozesses wurde eine Clusterstruktur entwickelt, welche die wesentlichen Handlungsfelder der Stadt Bochum bündelt und gleichzeitig klare Verantwortlichkeiten für Entwicklung, Umsetzung und Erfolgskontrolle schafft. Die Cluster stellen die organisatorische Grundlage des Konsolidierungsprozesses dar und ermöglichen eine schrittweise Konkretisierung der Maßnahmen über den gesamten Konsolidierungszeitraum hinweg.

5.1 Nachweis des frühestmöglichen Haushaltsausgleichs

Gemäß § 76 GO NRW hat das HSK den frühestmöglichen Zeitpunkt darzustellen, zu dem der Haushaltsausgleich wiederhergestellt werden kann. Die Stadt Bochum verfolgt mit dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept das Ziel, spätestens bis zum Jahr 2035 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die nachstehende Grafik verdeutlicht die Auswirkungen der durch das Haushaltssicherungskonzept festgelegten Gegensteuerungsmaßnahmen:

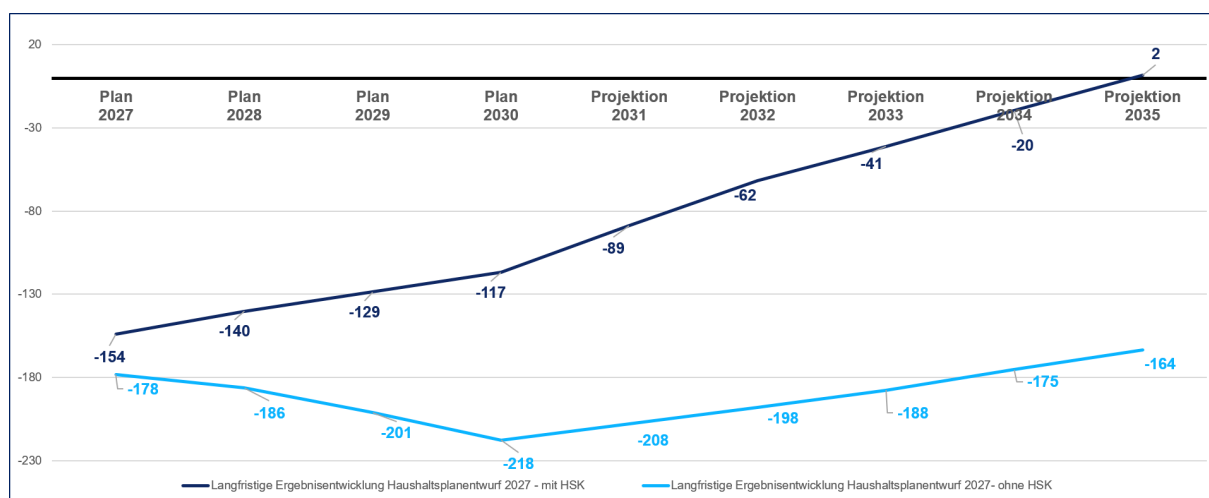


Abb. 5: Langfristige Ergebnisentwicklung Haushaltsplanentwurf 2027 mit und ohne HSK in Mio. Euro

Abbildung 5 zeigt, dass die Konsolidierungsmaßnahmen sukzessive die aktuelle strukturelle Finanzierungslücke schließen. Der geplante Haushaltsausgleich 2035 stellt den frühestmöglichen und gleichzeitig realistisch erreichbaren Konsolidierungszeitpunkt dar.

5.2 Clusterstrategie

Die Stadt Bochum hat sich bewusst gegen ein ausschließlich auf Einzelmaßnahmen basierendes Konsolidierungskonzept entschieden.

Die Größe des strukturellen Defizits sowie die Komplexität der finanziellen Herausforderungen erfordern einen integrierten Ansatz, der finanzielle, organisatorische und strategische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Die Bildung von Clustern verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- Bündelung fachlich zusammenhängender Maßnahmen
- Schaffung eindeutiger Verantwortlichkeiten
- Verbindung von Einzelmaßnahmen und langfristigen Strukturprojekten
- bessere Steuerbarkeit der Konsolidierung
- schrittweise Konkretisierung des HSK
- Förderung dezernatsübergreifender Zusammenarbeit

Die Clusterstruktur bildet die organisatorische Grundlage des Bochumer Konsolidierungsprozesses.

Die konkreten Maßnahmen werden in Teil II des HSK vorgestellt. Im Folgenden werden zunächst die Konsolidierungsvolumen der einzelnen Cluster dargestellt. Die Clustersummen stellen sich aktuell wie folgt dar:

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Allg. Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen	3,6	12,7	19,0	25,4	32,0	38,3	44,7	51,0	57,4
Beteiligungen	4,7	11,4	16,4	19,6	23,4	22,9	25,2	26,7	28,8
Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement	3,1	5,2	5,0	5,6	5,9	6,2	6,5	6,8	7,1
Digitalisierung, KI und Prozesse	0,4	2,6	4,6	9,5	13,9	23,5	23,6	23,8	23,9
Personal und Orga	2,7	6,0	7,2	7,8	8,1	8,3	8,4	8,5	8,4
Sicherheit und Ordnung	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Kultur und Integration	0,5	0,9	1,4	3,0	3,3	3,6	3,9	4,2	4,5
Schule und Bildung	4,6	1,3	2,9	6,6	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8
Sport	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Gesundheit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Jugend	0,2	0,7	8,5	13,8	14,3	14,8	15,3	15,8	16,3
Soziales	0,9	1,6	3,1	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Infrastruktur	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Nachhaltigkeit	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Stadtentwicklung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Technischer Betrieb	0,5	0,5	1,1	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Umwelt und Grün	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Gesamtsumme	24,1	46,1	72,5	100,6	119,3	136,3	146,4	155,6	165,2

Abb. 6: Übersicht Cluster Einsparvolumen 2027 bis 2035 ff.

Die nachfolgenden Kapitel erläutern die Konsolidierungscluster, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

5.3 Allgemeine Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Allg. Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen	3,6	12,7	19,0	25,4	32,0	38,3	44,7	51,0	57,4

Clusterverantwortlich:

Dez. II - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien und Bürgerservice

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Bereich Allgemeine Finanzwirtschaft bildet den größten Einzelbeitrag des Haushaltssicherungskonzeptes. Er umfasst insbesondere finanzwirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen, die nicht einzelnen Fachbereichen zugeordnet werden können, sondern den Gesamthaushalt betreffen.

Hierzu zählen insbesondere:

- Einführung einer Bettensteuer,
- Aktivierung von Zwischenfinanzierungszinsen,
- Steuerungsmaßnahmen im Investitionsprogramm,
- Optimierung gesamtstädtischer Haushaltsansätze,
- weitere finanzwirtschaftliche Konsolidierungsbeiträge.

Zentraler Baustein ist die kritischere Priorisierung und zeitliche Steuerung des Investitionsvolumens, um langfristige Aufwendungen aus Abschreibungen, Zinsen und Folgekosten zu begrenzen.

5.4 Beteiligungen

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Beteiligungen	4,7	11,4	16,4	19,6	23,4	22,9	25,2	26,7	28,8

Clusterverantwortlich:

Dez. II - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien und Bürgerservice

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Konzern Stadt Bochum erfüllt zahlreiche Aufgaben über Beteiligungsunternehmen. Ziel des Clusters ist eine stärkere wirtschaftliche Steuerung der Beteiligungen und die Hebung von Ergebnisbeiträgen für den Kernhaushalt.

Schwerpunkte bilden unter anderem:

- Parkraumbewirtschaftung,
- Optimierung der Beteiligungsfinanzierung,
- Konzernsteuerung,
- ÖPNV-Finanzierung,
- Ausschüttungen und Ergebnisverbesserungen kommunaler Gesellschaften.

Die Stärken des Konzerns Stadt Bochum sollen konsequent für die finanzielle Stabilisierung des Gesamthaushalts genutzt werden.

5.5 Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement	3,1	5,2	5,0	5,6	5,9	6,2	6,5	6,8	7,1

Clusterverantwortlich:

Dez. II - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien und Bürgerservice

**Teil II
Maßnahmenliste**

Die städtische Immobilienlandschaft stellt einen wesentlichen Kosten- und Ressourcenfaktor dar. Ziel des Clusters ist eine wirtschaftlichere Nutzung, Bewirtschaftung und Steuerung des kommunalen Immobilienbestandes.

Wesentliche Handlungsfelder sind:

- Energieeffizienz,
- Gebäudebewirtschaftung,
- Reinigungsmanagement,
- Flächenoptimierung,
- Vermietungsstrategien,
- Portfoliobereinigung nicht benötigter Immobilien.

Neben direkten Einsparungen unterstützen die Maßnahmen auch die langfristigen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele der Stadt.

5.6 Digitalisierung, KI und Prozesse

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Digitalisierung, KI und Prozesse	0,4	2,6	4,6	9,5	13,9	23,5	23,6	23,8	23,9

Clusterverantwortlich:

Dez. III - Personal, Digitalisierung, Recht und Ordnung

**Teil II
Maßnahmenliste**

Die Digitalisierung stellt den wichtigsten strukturellen Modernisierungsbaustein des HSK dar. Ziel ist die Nutzung digitaler Technologien und künstlicher Intelligenz zur Steigerung von Effizienz, Servicequalität und Produktivität.

Schwerpunkte sind:

- Digitalisierung von Antragsverfahren,
- Ausbau von Online-Diensten,
- Automatisierung von Verwaltungsabläufen,
- Einführung KI-gestützter Prozesse,
- digitale Terminverwaltung,
- papierarme Verwaltung.

Der Cluster steht exemplarisch für den Bochumer Ansatz, Konsolidierung nicht primär über Leistungsabbau, sondern über Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

5.7 Personal und Orga

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Personal und Orga	2,7	6,0	7,2	7,8	8,1	8,3	8,4	8,5	8,4

Clusterverantwortlich:

Dez. III - Personal, Digitalisierung, Recht und Ordnung

**Teil II
Maßnahmenliste**

Die Maßnahmen im Bereich Personal und Organisation verfolgen das Ziel, die Personalentwicklung stärker an den langfristigen demografischen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen auszurichten.

Wesentliche Ansatzpunkte sind:

- Wiederbesetzungskritik,
- Organisationsentwicklung,
- Optimierung von Führungsspannen,
- Anpassung von Standards,
- Personalcontrolling,
- Nutzung natürlicher Fluktuation.

5.8 Sicherheit und Ordnung

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Sicherheit und Ordnung	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7

Clusterverantwortlich:

Dez. III - Personal, Digitalisierung, Recht und Ordnung

Teil II
Maßnahmenliste

Hier werden Maßnahmen der Feuerwehr und des kommunalen Ordnungswesens dargestellt.

Konsolidierungsansätze bestehen insbesondere in:

- Prozessoptimierungen,
- Gebührenanpassungen,
- organisatorischen Veränderungen,
- effizienteren Ausbildungs- und Fortbildungsstrukturen.

Dabei steht weiterhin die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Gefahrenabwehr im Vordergrund. Die möglichen Konsolidierungspotenziale sind daher überschaubar.

5.9 Kultur und Integration

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Kultur und Integration	0,5	0,9	1,4	3,0	3,3	3,6	3,9	4,2	4,5

Clusterverantwortlich:

Dez. IV - Bildung, Integration, Kultur und Sport

Teil II
Maßnahmenliste

Dieser Cluster untersucht die langfristige Finanzierbarkeit kultureller Angebote und Einrichtungen.

Im Fokus stehen:

- Zuschusssteuerung,
- Entgeltanpassungen,
- Überprüfung freiwilliger Leistungen,
- Effizienzsteigerungen im Kulturbereich.

Ziel bleibt es, die kulturelle Vielfalt Bochums zu erhalten und gleichzeitig die finanzielle Tragfähigkeit zu sichern.

5.10 Schule und Bildung

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Schule und Bildung	4,6	1,3	2,9	6,6	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8

Clusterverantwortlich:

Dez. IV - Bildung, Integration, Kultur und Sport

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Bildungsbereich gehört zu den bedeutendsten kommunalen Aufgabenfeldern. Ziel des Clusters ist die wirtschaftliche Erfüllung steigender Anforderungen bei gleichzeitig hoher Bildungsqualität.

Mögliche Handlungsfelder sind:

- Optimierung von Betriebsabläufen,
- effiziente Gebäudenutzung,
- Anpassung der Finanzierung von Betreuungsleistungen und der Digitalisierung,
- standortbezogene Synergien.

5.11 Sport

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Sport	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

Clusterverantwortlich:

Dez. IV - Bildung, Integration, Kultur und Sport

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Bereich Sport untersucht Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren Steuerung der Sportinfrastruktur sowie der städtischen Förder- und Betriebsstrukturen.

Dabei sollen die sportlichen Angebote für die Bevölkerung dauerhaft gesichert werden.

5.12 Gesundheit

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Gesundheit	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Clusterverantwortlich:

Dez. V - Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Cluster Gesundheit umfasst insbesondere organisatorische und digitale Verbesserungen im Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsamtes.

Die Konsolidierung basiert überwiegend auf Prozessoptimierungen und Digitalisierungspotenzialen.

5.13 Jugend

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Jugend	0,2	0,7	8,5	13,8	14,3	14,8	15,3	15,8	16,3

Clusterverantwortlich:

Dez. V - Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Jugendbereich zählt zu den finanziell dynamischsten Aufgabenfeldern der Stadt.

Das Fachamt verfolgt das Ziel,

- präventive Ansätze zu stärken,
- Hilfesysteme effizienter zu gestalten,
- Verwaltungsprozesse weiterzuentwickeln,
- Mittel gezielter einzusetzen und
- die Finanzierung der Betreuungsangebote zu evaluieren.

Aufgrund des hohen Finanzvolumens gehört dieser Bereich zu den bedeutendsten Konsolidierungsfeldern des HSK.

5.14 Soziales

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Soziales	0,9	1,6	3,1	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5

Clusterverantwortlich:

Dez. V - Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Cluster Soziales konzentriert sich auf die wirtschaftliche Steuerung sozialer Leistungen und Unterstützungsangebote.

Dabei sollen die sozialen Sicherungssysteme leistungsfähig bleiben und gleichzeitig vorhandene Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

5.15 Infrastruktur

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Infrastruktur	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5

Clusterverantwortlich: Dez. VI - Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Cluster Infrastruktur umfasst weitere potenzielle Einsparbeiträge im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, die derzeit noch nicht durch konkrete Einzelmaßnahmen hinterlegt sind. Einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet der Infrastrukturbereich darüber hinaus durch die zeitliche Streckung von Investitionsmaßnahmen; diese HSK-Maßnahme wird im Cluster Allgemeine Finanzwirtschaft abgebildet.

5.16 Nachhaltigkeit

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Nachhaltigkeit	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

Clusterverantwortlich: Dez. VI - Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

**Teil II
Maßnahmenliste**

Der Cluster Nachhaltigkeit bündelt Maßnahmen mit ökologischer und wirtschaftlicher Wirkung. Im Mittelpunkt steht die bedarfsgerechte Anpassung des zentralen Haushaltsansatzes für bislang noch keinem Fachbereich zugeordnete Projekte, da Nachhaltigkeitsmaßnahmen zunehmend unmittelbar in den zuständigen Fachbereichen veranschlagt werden.

5.17 Stadtentwicklung

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Stadtentwicklung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Clusterverantwortlich:

Dez. VI - Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Teil II
Maßnahmenliste

Die Stadtentwicklung betrachtet die langfristige Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- und Entwicklungsflächen.

5.18 Technischer Betrieb

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Technischer Betrieb	0,5	0,5	1,1	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6

Clusterverantwortlich:

Dez. VI - Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Teil II
Maßnahmenliste

Der Cluster Technischer Betrieb bündelt Maßnahmen zur wirtschaftlicheren Organisation und bedarfsgerechten Anpassung technischer Betriebs-, Pflege- und Unterhaltungsleistungen. Im Mittelpunkt stehen reduzierte Pflegestandards für Grün- und Außenflächen unter Wahrung der Verkehrssicherheit sowie strukturelle und organisatorische Anpassungen im Spielplatz- und Friedhofsbereich.

5.19 Umwelt und Grün

Cluster	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)								
	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035ff
Umwelt und Grün	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6

Clusterverantwortlich:

Dez. VI - Bauen, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Teil II
Maßnahmenliste

Der Cluster Umwelt und Grün bündelt Maßnahmen im Bereich der Stadtraumpflege, der ökologischen Förderprogramme sowie der Pflege und Weiterentwicklung des städtischen Grüns. Im Mittelpunkt stehen die bedarfsgerechte Anpassung bestehender Haushaltsansätze und Förderangebote sowie weitere potenzielle Einsparbeiträge, wobei die geltenden Anforderungen an den Erhalt von Grünflächen und Baumbeständen weiterhin erfüllt werden sollen.

6 Zukunftskonzept Bochum

Die Haushaltssicherung dient nicht allein der Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts. Sie schafft vielmehr die finanziellen Voraussetzungen dafür, die langfristigen Entwicklungsziele der Stadt Bochum auch zukünftig eigenständig gestalten und finanzieren zu können. Bochum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich von einer montanindustriell geprägten Stadt zu einem bedeutenden Wissenschafts-, Bildungs-, Technologie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Die Bochum Strategie 2030 beschreibt diesen Wandel und formuliert zugleich den Anspruch, die Stadt als lebenswerte, innovative und wirtschaftlich starke Großstadt weiterzuentwickeln. Das Haushaltssicherungskonzept steht nicht im Widerspruch zu dieser Strategie. Vielmehr bildet es die finanzielle Grundlage für ihre langfristige Fortsetzung über das Jahr 2030 hinaus.

Die Stadt Bochum verfolgt mit diesem HSK das Ziel, bis zum Jahr 2035 die finanziellen Voraussetzungen für einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu schaffen und damit die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt im Jahr 2036 und darüber hinaus zu legen.

6.1 Haushaltssicherung als Transformationsauftrag

Der vorliegende Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts ist weit mehr als ein klassisches Sparprogramm. Es stellt einen Transformationsauftrag für die Stadtverwaltung und den Konzern Stadt Bochum dar. Die finanzielle Situation macht deutlich, dass die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht allein durch lineare Kürzungen oder kurzfristige Einsparungen bewältigt werden können. Vielmehr erfordert die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit eine grundlegende Weiterentwicklung von Steuerungsstrukturen, Prozessen, Organisationsformen und Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus ist eine strukturelle Entlastung der Kommunen durch Bund und Land bzw. eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzierung weiterhin zwingend erforderlich, um drohende schmerzhafteste Leistungseinschränkungen abwenden zu können.

Das HSK verfolgt deshalb einen dreifachen Ansatz. Einerseits müssen kurzfristig finanzielle Entlastungen erzielt werden. Andererseits sollen nachhaltige Veränderungen geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit der Verwaltung langfristig erhöhen und die finanzielle Belastung zukünftiger Haushalte reduzieren. Darüber hinaus wird aufgezeigt, in welchen Bereichen schmerzhafteste Einschränkungen erwartet werden müssen, sofern finanzielle Unterstützungen in erheblichem Umfang ausbleiben.

6.2 Finanzielle Resilienz und Generationengerechtigkeit

Die Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs ist kein Selbstzweck.

Sie dient dem Ziel, die kommunale Selbstverwaltung langfristig zu sichern und zukünftigen Generationen ausreichende finanzielle Gestaltungsspielräume zu erhalten.

Ein dauerhaft unausgeglichener Haushalt führt zwangsläufig zu:

- Eigenkapitalverlusten,
- steigender Verschuldung,
- eingeschränkten Investitionsmöglichkeiten,
- mangelndem Potenzial zur weiteren Stadtentwicklung,
- wachsender Abhängigkeit von Genehmigungen Dritter.

Die Stadt Bochum verfolgt daher das Ziel, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit dauerhaft zu stabilisieren und zukünftige Krisen besser bewältigen zu können.

Finanzielle Resilienz bedeutet dabei insbesondere:

- strukturell ausgeglichene Haushalte,
- nachhaltige Investitionsplanung,
- ausreichende Liquidität,
- planbare Risiken,
- strategische Handlungsspielräume.

Der geplante Haushaltsausgleich bis 2035 ff. bildet hierfür die zentrale Voraussetzung.

6.3 Die digitale Verwaltung der Zukunft

Die Digitalisierung bildet den wichtigsten verwaltungsinternen Hebel zur langfristigen Stabilisierung der kommunalen Leistungsfähigkeit. Die demografische Entwicklung und der zunehmende Fachkräftemangel machen deutlich, dass die öffentliche Verwaltung künftig nicht jede zusätzliche Aufgabe durch zusätzliches Personal bewältigen können wird. Die Sicherung kommunaler Leistungsfähigkeit erfordert daher erhebliche Produktivitätssteigerungen.

Bochum verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel einer digitalen, datenbasierten und zunehmend automatisierten Verwaltung. Verwaltungsverfahren sollen medienbruchfrei gestaltet, Prozesse standardisiert und digitale Angebote konsequent ausgebaut werden. Darüber hinaus eröffnet der Einsatz künstlicher Intelligenz neue Möglichkeiten zur Unterstützung standardisierbarer Verwaltungsprozesse. Ziel ist nicht der Ersatz menschlicher Entscheidungen, sondern die Entlastung von Routinetätigkeiten und die effizientere Nutzung knapper Fachkräfte.

Die Digitalisierung ist damit zugleich Modernisierungsprogramm, Fachkräftestrategie und Konsolidierungsinstrument.

6.4 Der Konzern Stadt Bochum

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Bochum wird nicht allein im Kernhaushalt entschieden. Zahlreiche Aufgaben werden innerhalb des Konzerns Stadt Bochum durch Beteiligungen erbracht.

Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Konzerntöchter besitzt daher unmittelbare Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt insgesamt. Gleichzeitig eröffnen konzernweite Kooperationen erhebliche Potenziale zur Nutzung gemeinsamer Ressourcen und zur Vermeidung von Doppelstrukturen. Die Weiterentwicklung der Konzernsteuerung gehört deshalb auch zu den strategischen Schwerpunkten des HSK. Ziel ist die Entwicklung eines noch stärker integrierten Konzerns Stadt Bochum mit gemeinsamen Steuerungs- und Optimierungsansätzen.

6.5 Nachhaltige Infrastruktur und kommunales Vermögen

Bochum verfügt über ein umfangreiches kommunales Vermögen in Form von:

- Schulen,
- Verwaltungsgebäuden,
- Sportstätten,
- Kultur- und Freizeiteinrichtungen,
- Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur.

Dieses Vermögen bildet die Grundlage kommunaler Daseinsvorsorge und Lebensqualität.

Gleichzeitig erzeugt es erhebliche Folgekosten in Form von:

- Abschreibungen,
- Energieverbrauch,
- Unterhaltung,
- Personalaufwand.

Die Zukunftsstrategie der Stadt Bochum verfolgt daher eine stärkere Priorisierung von Investitionen, eine effizientere Nutzung bestehender Infrastruktur sowie eine langfristig nachhaltige Bewirtschaftung des kommunalen Vermögens.

Hierdurch sollen sowohl die Haushaltsstabilität als auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt gesichert werden. Ziel des HSK ist ausdrücklich nicht der Verzehr kommunalen Vermögens zur kurzfristigen Schließung finanzieller Lücken. Vielmehr sollen Investitionen stärker priorisiert und auf ihre langfristige wirtschaftliche Wirkung hin bewertet werden.

7 Chancen und Risiken

7.1 Chancen

Die aktuelle Haushaltssituation der Stadt Bochum ist zweifellos herausfordernd. Gleichzeitig verfügt die Stadt über erhebliche strukturelle Entwicklungspotenziale, die mittel- und langfristig zu einer Stärkung der kommunalen Finanzkraft beitragen können. Anders als zahlreiche klassische Haushaltssicherungskommunen verfügt Bochum über günstige wirtschaftliche, wissenschaftliche und infrastrukturelle Rahmenbedingungen, die die Grundlage für eine erfolgreiche Konsolidierung bilden. Das Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes besteht daher nicht allein darin, kurzfristige Defizite zu reduzieren, sondern die vorhandenen Entwicklungspotenziale konsequent zur Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit zu nutzen.

Wissenschafts- und Innovationsstandort Bochum

Bochum hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich von einer industriell geprägten Stadt zu einem bedeutenden Wissenschafts-, Technologie- und Dienstleistungsstandort entwickelt. Mit der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum, der Hochschule für Gesundheit sowie zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verfügt die Stadt über eine außergewöhnlich hohe Wissenschafts- und Forschungsdichte. Forschung, Innovation und Wissenstransfer bilden inzwischen wesentliche Bestandteile der wirtschaftlichen Entwicklung Bochums. Diese Entwicklung erhöht die Attraktivität des Standorts für Unternehmen und stärkt langfristig die kommunale Steuerkraft. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Entwicklung neuer wissenschaftsbasierter Wirtschaftsstrukturen zu. Moderne Unternehmen aus den Bereichen Cybersecurity, Gesundheitswirtschaft, IT, künstliche Intelligenz, Ingenieurwissenschaften und Forschung siedeln sich zunehmend in Bochum an und schaffen hochwertige Arbeitsplätze mit langfristigen Wachstumsperspektiven. Die wirtschaftliche Transformation der vergangenen Jahre eröffnet damit auch erhebliche Chancen für zukünftige Gewerbesteuererträge und eine breitere wirtschaftliche Basis der Stadt.

MARK 51°7 und Gewerbeflächenentwicklung

Die Entwicklung des Innovationsquartiers MARK 51°7 stellt eines der bedeutendsten wirtschaftlichen Zukunftsprojekte der Stadt Bochum dar. Auf dem ehemaligen Opel-Areal ist ein moderner Innovations- und Technologiestandort entstanden, der als Symbol des erfolgreichen Strukturwandels gilt. Die Ansiedlung technologieorientierter Unternehmen, Start-ups sowie nationaler und internationaler Investoren stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig.

Darüber hinaus bestehen weitere Entwicklungspotenziale bei Gewerbeflächen, Unternehmensansiedlungen und wissensbasierten Dienstleistungen. Die langfristige Stärkung der Gewerbesteuerbasis gehört zu den wenigen Möglichkeiten, die kommunale Ertragsseite strukturell zu verbessern. Das HSK verfolgt deshalb ausdrücklich nicht das Ziel, Zukunftsinvestitionen in wirtschaftliche Entwicklung zu reduzieren, sondern diese gezielt auf ihre langfristige Ertragswirkung auszurichten.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Die Digitalisierung kommunaler Prozesse eröffnet erhebliche Möglichkeiten zur Verbesserung von Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Servicequalität. Gleichzeitig stellt der zunehmende Fachkräftemangel die Verwaltung vor die Herausforderung, künftig mit knapper werdenden personellen Ressourcen ein wachsendes Aufgabenvolumen zu bewältigen. Die Einführung digitaler Verfahren, Prozessautomatisierungen sowie KI-gestützter Anwendungen bietet die Chance, Produktivitätssteigerungen zu erzielen und personelle Ressourcen verstärkt für komplexe und wertschöpfende Aufgaben einzusetzen. Die Stadt Bochum verfügt bereits heute über umfangreiche Erfahrungen im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung. Die weitere konsequente Nutzung dieser Potenziale bildet einen wesentlichen Baustein des zukünftigen Konsolidierungspfades.

Zukunftsfähigkeit durch Transformation

Die aktuelle Haushaltssituation zwingt die Stadt Bochum zu tiefgreifenden Veränderungen. Gleichzeitig eröffnet dieser Konsolidierungsprozess die Chance, Verwaltungsstrukturen, Prozesse und Aufgabenwahrnehmung grundlegend weiterzuentwickeln. Das Haushaltssicherungskonzept wird daher nicht ausschließlich als Konsolidierungsinstrument verstanden, sondern zugleich als Transformationsprogramm für die kommenden Jahre. Die Verbindung von Konsolidierung, Digitalisierung, Organisationsentwicklung und Konzernsteuerung eröffnet die Möglichkeit, die Stadt Bochum sowohl finanziell als auch organisatorisch nachhaltiger und leistungsfähiger aufzustellen.

7.2 Risiken

Die erfolgreiche Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes setzt stabile finanzielle Rahmenbedingungen voraus. Gleichzeitig bestehen zahlreiche Risiken, die den geplanten Konsolidierungspfad beeinflussen oder verzögern können. Viele dieser Risiken können durch die Stadt Bochum nur eingeschränkt oder nicht gesteuert werden und erfordern deshalb eine laufende Beobachtung im Rahmen der jährlichen Fortschreibung des HSK. Nur durch veränderte rechtliche Rahmenbedingung und eine Finanzstrukturreform, die sicherstellt, dass Kommunen für die Übernahme staatlicher Aufgaben auch ausreichend ausgestattet werden, ist die Umsetzung der Konsolidierung ohne weitreichende negative Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft und die Qualität der weichen und harten Standortfaktoren möglich.

Dynamische Entwicklung der Jugendhilfeaufwendungen

Das größte finanzielle Einzelrisiko für den städtischen Haushalt besteht derzeit in der Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Bereits in den vergangenen Jahren sind die Aufwendungen insbesondere für Kita-Ausbau, Hilfen zur Erziehung, ambulante und stationäre Unterstützungsangebote, Pflegefamilien sowie Eingliederungshilfen deutlich gestiegen. Die aktuellen Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich dieser Trend auch in den kommenden Jahren fortsetzen könnte. Besonders problematisch ist dabei, dass die Kostensteigerungen häufig nicht ausschließlich durch höhere Fallzahlen, sondern zunehmend auch durch deutlich steigende Fallkosten verursacht werden. Selbst bei erfolgreicher Konsolidierung in anderen

Bereichen kann die Dynamik der Jugendhilfeaufwendungen deshalb erhebliche Auswirkungen auf den Gesamthaushalt entfalten.

Offener Ganzttag und Bildungsinfrastruktur

Die schrittweise Einführung des Rechtsanspruchs auf die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich stellt Kommunen bundesweit vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Für Bochum bedeutet dies zusätzliche Investitionen in Gebäude, Ausstattung und Infrastruktur sowie dauerhaft steigende Personal- und Betriebskosten. Da Umfang und tatsächliche finanzielle Auswirkungen derzeit noch nicht vollständig abschätzbar sind, stellt der Ausbau des Offenen Ganztags eines der wesentlichen mittelfristigen Haushaltsrisiken dar.

Tarifentwicklung und Fachkräftemangel

Die Personalaufwendungen gehören bereits heute zu den größten Aufwandsposten des städtischen Haushalts. Weitere überdurchschnittliche Tarifabschlüsse oder Besoldungsanpassungen können die Langfristprojektion erheblich beeinflussen. Gleichzeitig erschwert der Fachkräftemangel die Personalgewinnung in zahlreichen Bereichen der Verwaltung. Hierdurch entsteht ein doppeltes Risiko: Einerseits steigen die Personalkosten, andererseits können wichtige Transformations- und Konsolidierungsmaßnahmen personell schwieriger umgesetzt werden.

Entwicklung der Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen stellen mit Abstand den größten Aufwandsblock des Bochumer Haushaltes dar. Die aktuelle Langfristprojektion weist einen Anstieg von rund 1,0 Mrd. Euro im Jahr 2027 auf nahezu 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2035 aus. Bereits geringe prozentuale Veränderungen in diesem Bereich können erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtergebnisplanung haben. Insbesondere gesetzliche Änderungen im Sozialrecht, steigende Fallzahlen sowie veränderte Leistungsansprüche können zusätzliche Belastungen verursachen, ohne dass hierfür eine vollständige Gegenfinanzierung durch Bund oder Land erfolgt. Nur für zukünftige Gesetzesvorhaben haben Bund und Land kürzlich verabredet und verkündet, dass ein Konnexitätsausgleich unbedingt eingehalten werden soll. Bestehende Gesetze, insbesondere die kosten-treibenden Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern (SGB), sind hiervon zunächst ausgeschlossen.

Zins- und Kapitalmarktrisiken

Die Zinswende der vergangenen Jahre hat gezeigt, wie stark sich Veränderungen am Kapitalmarkt auf kommunale Haushalte auswirken können. Aufgrund der weiterhin hohen Investitionsbedarfe sowie der langfristigen Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen bleibt die Entwicklung des Zinsniveaus ein bedeutender Unsicherheitsfaktor. Steigende Zinsen wirken sich dabei nicht nur auf zukünftige Kreditaufnahmen aus, sondern beeinflussen langfristig auch die Finanzierungsspielräume der Stadt.

Konjunkturelle und geopolitische Risiken

Schließlich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Internationale Konflikte, wirtschaftliche Abschwächungen, Energiepreissteigerungen oder neue Krisensituationen können sowohl die kommunalen Erträge als auch die Aufwendungen erheblich beeinflussen. Gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass einzelne externe Ereignisse erhebliche Auswirkungen auf kommunale Haushalte entfalten können. Die Stadt Bochum wird deshalb die Rahmenbedingungen kontinuierlich beobachten und das Haushaltssicherungskonzept im Rahmen der jährlichen Fortschreibungen an veränderte Entwicklungen anpassen.

Teil II - Konsolidierungsprogramm

Die vorangegangenen Kapitel von Teil I des HSK haben die finanzielle Ausgangslage, die Ursachen der Fehlentwicklung, die Zielsetzungen des HSK sowie die strategischen Konsolidierungsansätze beschrieben.

Hinweise zur haushalterischen Verortung des HSK

Das HSK ist gemäß § 76 GO NRW Bestandteil des Haushaltsplans und damit integraler Bestandteil der Haushaltsplanung der Stadt Bochum. Die im HSK enthaltenen Konsolidierungsbeiträge werden zunächst als gesamtstädtische Ergebnisverbesserungen berücksichtigt und im Rahmen des weiteren politischen Beratungsverfahrens schrittweise den jeweiligen Produktgruppen, Maßnahmen und Organisationseinheiten zugeordnet.

Zur Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanes 2027 werden die im HSK vorgesehenen Konsolidierungsvolumina bereits im Rahmen der Haushaltssatzung berücksichtigt. Die konkrete Umsetzung erfolgt anschließend durch die Beschlussfassung über die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen in den politischen Gremien.

Zum Haushalts- und HSK-Entwurf werden die Maßnahmen zunächst auf Ebene der Konsolidierungscluster sowie der dazugehörigen finanziellen Zielgrößen außerhalb der originären Produktgruppenstruktur dargestellt und sind daher nicht Teil der jeweiligen Teilergebnispläne. Im Gesamtergebnisplan wird das jährliche HSK-Volumen zunächst pauschal in Zeile 13 Sach- und Dienstleistungen abgezogen.

Die detaillierte Zuordnung der in Teil II dargestellten Konsolidierungsbeiträge zu Produktgruppen, Ertrags- und Aufwandspositionen erfolgt im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen und der Fortschreibung des HSK. Mindestens für das konkrete Satzungsjahr sind die Konsolidierungsmaßnahmen produktgruppenscharf im Ergebnisplan zu verorten.

Das HSK ist ein dynamisches Steuerungsinstrument. Die dargestellten Maßnahmen und Konsolidierungsvolumina werden im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung fortgeschrieben, konkretisiert und hinsichtlich ihrer tatsächlichen Umsetzung überprüft. Nicht realisierte oder entfallende Maßnahmen sind dabei grundsätzlich durch gleichwertige Konsolidierungsbeiträge zu ersetzen, um den geplanten Konsolidierungspfad und den angestrebten Haushaltsausgleich aufrechtzuerhalten.

Allgemeine Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	I/R	Reduzierung Maßnahmen "Marke Bochum" und "Strategiesteuerung"	Jährlich werden über das Markenteam Maßnahmen zur Markenkommunikation bei der Bochum Marketing beauftragt. Der Ansatz wird um ein Drittel reduziert (100.000 EUR). Der Ansatz für die Gesamtsteuerung der Bochum Strategie und der Format zum intern Kulturwandel werden reduziert (100.000 EUR).	1115	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
					Saldo	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Dez. II	20	Reduzierung gesamtstädtische Ansätze SAP HANA und Büromobiliar	Durch Ausschöpfen bilanzieller Steuerungsmöglichkeiten können konsumtive Aufwendungen für Beratungsleistungen bei der SAP HANA Einführung (250.000 EUR) sowie für Büromobiliar (300.000 EUR) aktiviert und damit investiv abgebildet werden. Die konsumtiven Ansätze können daher reduziert werden. Der Abschreibungsaufwand entsteht mittelfristig und ist bereits in der Abschreibungsplanung berücksichtigt.	1107	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000
					Saldo	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000
Dez. II	20	Aktivierung Zwischenfinanzierungszinsen	Durch die Aktivierung von Zwischenfinanzierungszinsen bei großen Baumaßnahmen kann der Zinsaufwand temporär entlastet werden. Die Aktivierung führt zu einem späteren Zeitpunkt nach Fertigstellung und Inbetriebnahme zu höheren Abschreibungen, die sich allerdings auf mehrere Jahrzehnte verteilen.	6102	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
					Saldo	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
Dez. II	20	Einführung der Bettensteuer	Durch die Einführung einer Bettensteuer können zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Maßgeblich hierfür sind die Anzahl der Übernachtungen sowie der durchschnittliche Übernachtungspreis. Bei einem Steuersatz von 5 % sind jährliche Mehreinnahmen von schätzungsweise 3,1 Mio. Euro zu erwarten. Eine Einführung der Steuer ist frühestens ab 2028 möglich, gegebenenfalls erst ab dem zweiten Halbjahr.	1107 6101	Ertrag		3.100.000	3.200.000	3.300.000	3.400.000	3.500.000	3.600.000	3.700.000	3.800.000
					Personalaufwand	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000	-195.000
					Weiterer Aufwand	-5.000								
					Saldo	-200.000	2.905.000	3.005.000	3.105.000	3.205.000	3.305.000	3.405.000	3.505.000	3.605.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	20	Gesamtstädtische Reduzierung Investitionsvolumen durch Verschiebung von Maßnahmen	Durch die Verschiebung von Investitionsmaßnahmen mit einem Volumen von 500 Mio.EUR über die kommenden Jahre können erhebliche konsumtive Kosten eingespart werden (insbesondere Zinsaufwand, Abschreibungen, Personalaufwand).	Diverse	Ertrag									
					Personalaufwand			250.000	500.000	1.000.000	1.250.000	1.500.000	1.750.000	2.000.000
					Weiterer Aufwand		6.000.000	12.000.000	18.000.000	24.000.000	30.000.000	36.000.000	42.000.000	48.000.000
					Saldo		6.000.000	12.250.000	18.500.000	25.000.000	31.250.000	37.500.000	43.750.000	50.000.000
Gesamtsumme Cluster Allg. Finanzwirtschaft und Einzelmaßnahmen					Ertrag	0	3.100.000	3.200.000	3.300.000	3.400.000	3.500.000	3.600.000	3.700.000	3.800.000
					Personalaufwand	-195.000	-195.000	55.000	305.000	805.000	1.055.000	1.305.000	1.555.000	1.805.000
					Weiterer Aufwand	3.745.000	9.750.000	15.750.000	21.750.000	27.750.000	33.750.000	39.750.000	45.750.000	51.750.000
					Saldo	3.550.000	12.655.000	19.005.000	25.355.000	31.955.000	38.305.000	44.655.000	51.005.000	57.355.000

**Zurück
Kapitel 5.3**

Beteiligungen

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. I	BoWe	Erhöhung Parkentgelte Parkhäuser WEG	Die Parkentgelte für das off-street-Parken werden moderat den Kostensteigerungen auf 1,90 €/h angepasst. Diese Erhöhung ist bereits beschlossen.	5709	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Dez. I	BoWe	Erhöhung Parkentgelte Parkhäuser WEG ab 2028 um 15 % und weitere Indexierung	Die Parkentgelte werden ausgehend von den Parkgebühren 2026 (nach der Erhöhung) um 15 % angehoben. Erhöhung Parkentgelte Parken WEG in den Jahren 2030/2033/2035 um 2,5 % p.a. (Indexierung)	5709	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		1.000.000	1.000.000	1.270.000	1.270.000	1.270.000	1.700.000	1.700.000	2.000.000
					Saldo		1.000.000	1.000.000	1.270.000	1.270.000	1.270.000	1.700.000	1.700.000	2.000.000
Dez. VI	66	Erhöhung Parkentgelte oberirdisches Parken	Erhöhung um ca. 15 % auf auf 2,40 €/h bzw. 1,60 €/h.	5410	Ertrag	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Dez. VI	66	Erhöhung Parkentgelte oberirdisches Parken ab 2028	Ausgangsbasis bilden auch hier die Parkgebühren 2026 nach der Erhöhung und es wird eine Steigerung von 30 % auf 3,10 €/h bzw. 2,10 €/h unterstellt. Erhöhung Parkentgelte oberirdisches Parken in den Jahren 2030/2033/2035 um 2,5 % p.a. (Indexierung)	5410	Ertrag		1.000.000	1.000.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.650.000	1.650.000	1.950.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo		1.000.000	1.000.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.650.000	1.650.000	1.950.000
Dez. I	BoWe	Vermietung der aufgrund des Desk-sharings frei gewordener Flächen in der Viktoriastraße	Die frei gewordenen Flächen werden vermietet bzw. die Externe Anmietung von Flächen kann reduziert werden.	5709	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. I	BoWe	Bereinigung Portfolio/ Grundstücksverkäufe aus dem Anlagevermögen	Verkauf Westhoffstraße - Herausforderungen: Vermietung an CVUA bis Ende 2030	5709	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand					2.000.000				
					Saldo					2.000.000				
Dez. I	BoWe	Bereinigung Portfolio/ Grundstücksverkäufe aus dem Anlagevermögen	Verkauf Parkhaus P6 / Kurt Schumacher Platz inkl. Bebauung z.B. Wohnungen - Herausforderung Markt auf Buddenbergplatz.	5709	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand				700.000					
					Saldo				700.000					

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	20	Verschiebung Sanierungen Bäder Wasserwelten Bochum	Einsparmöglichkeiten im Rahmen der Sanierung etc. von Bädern	5406	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
					Saldo	500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Dez. II	20	Moratorium ÖPNV Finanzierung (Verluste BoGeStra) Hier dargestellt wird nur der geringere Zuschussbedarf im Kernhaushalt, die tatsächliche Verlustreduzierung der Bogestra soll sich auf 10 Mio. EUR belaufen.	5406	Ertrag										
				Personalaufwand										
				Weiterer Aufwand	2.000.000	4.000.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	
				Saldo	2.000.000	4.000.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	5.800.000	
Dez. II	20	Beiträge Beteiligungsgesellschaften	Diverse	Ertrag	1.350.000	1.350.000	7.750.000	8.750.000	13.750.000	14.250.000	14.750.000	15.250.000	15.750.000	
				Personalaufwand										
				Weiterer Aufwand	-250.000	1.950.000	-1.250.000	-250.000	-2.750.000	-1.750.000	-750.000	250.000	1.250.000	
				Saldo	1.100.000	3.300.000	6.500.000	8.500.000	11.000.000	12.500.000	14.000.000	15.500.000	17.000.000	
Gesamtsumme Cluster Beteiligungen					Ertrag	1.850.000	2.850.000	9.250.000	10.500.000	15.500.000	16.000.000	16.900.000	17.400.000	18.200.000
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	2.800.000	8.500.000	7.100.000	9.070.000	7.870.000	6.870.000	8.300.000	9.300.000	10.600.000
					Saldo	4.650.000	11.350.000	16.350.000	19.570.000	23.370.000	22.870.000	25.200.000	26.700.000	28.800.000

Zurück
Kapitel 5.4

Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	ZD 26	Einsparungen bei der Bewirtschaftung der Schulgebäude	Die Stundenbedarfe für Schulhausmeister sollen reduziert, schulische und außerschulische Nutzungen durch Standortbündelungen mit klar geregelten Verantwortlichkeiten effizienter organisiert, Möbeltransporte auf das zwingend Notwendige begrenzt, Abwesenheitspauschalen abgeschafft sowie die Nutzungsentgelte einschließlich Zusatzkosten auf ein kostendeckendes Niveau angehoben werden. Das Einsparvolumen ist eine erste Schätzung und von der Beschlussfassung und Umsetzung durch alle Beteiligten abhängig.	2140-2147	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	225.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000
					Saldo	225.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000
Dez. II	ZD 23 (ZGR - Budget_ZGR)	Optimierung der Reinigung der Schulgebäude	Optimierung der Reinigungshäufigkeiten und Technisierung an Schulstandorten.	2140-2147	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000
					Saldo	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000	540.000
Dez. II	ZD 23 (ZGR - Budget_ZGR - Amtsbudget)	Optimierung der Reinigung nichtschulischer Gebäude	An nichtschulischen Gebäuden sollen Reinigungen optimiert, Bringsysteme statt Papierkorbentleerungen eingeführt und Daytime-Reinigungen ausgeweitet werden.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000
					Saldo	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000
Dez. II	ZD 12 (Budget_ZD)	Einsparungen Energiekosten kommunal genutzter Gebäude	Durch eine Sensibilisierung und Anpassung des Nutzungsverhaltens werden Energiekosten eingespart.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
					Saldo	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Dez. II	ZD 12	Einsparungen durch energetische Sanierungen	Die energetischen Sanierungsmaßnahmen führen zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs in den betroffenen Gebäuden. Durch den Austausch veralteter Heizungsanlagen sowie die Energieerträge aus Photovoltaikanlagen (u.a. im Rahmen größerer Schulbaumaßnahmen) werden dauerhaft geringere Kosten erreicht. Die Maßnahmen tragen damit sowohl zur Energieeffizienzsteigerung als auch zur finanziellen Entlastung des Haushalts bei.	1107	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		250.000	500.000	1.000.000	1.250.000	1.500.000	1.750.000	2.000.000	2.250.000
					Saldo	0	250.000	500.000	1.000.000	1.250.000	1.500.000	1.750.000	2.000.000	2.250.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	ZD, 61, 62	Veräußerung nicht benötigter Immobilien (Portfoliooptimierung)	Stadtseitig nicht mehr benötigte Immobilien sollen veräußert werden. Durch die Veräußerung werden entsprechende Erlöse in 2027 und 2028 vereinnahmt und Personalkosten anteilig dauerhaft reduziert.	1111	Ertrag	1.000.000	1.000.000							
					Personalaufwand		25.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Weiterer Aufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Saldo	1.000.000	1.025.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. II	ZD 26	Vermietung von Parkplätzen	Parkplätze an Schulen werden künftig nicht mehr kostenfrei zur Verfügung gestellt. Während der Schulzeiten erfolgt eine Vermietung an Lehrer/innen, außerhalb der Schulzeiten an Anwohner/innen. Zudem werden weitere städtische Parkplätze außerhalb ihrer Nutzungszeiten in die Vermietung überführt.	Gesamt-städtisch	Ertrag		500.000	1.000.000	1.000.000	1.100.000	1.100.000	1.200.000	1.200.000	1.300.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	500.000	1.000.000	1.000.000	1.100.000	1.100.000	1.200.000	1.200.000	1.300.000
Dez. II	61, 62, ZD (ggf. auch weitere)	Einsparungen bei Immobilienprozessen	Durch die Optimierung von ämterübergreifenden Immobilienprozessen sollen Personalkosten eingespart werden.	1111	Ertrag									
					Personalaufwand		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Dez. II	50, ZD	Einsparungen bei den Energiekosten sozial genutzter Gebäude	Durch eine maßnahmenbezogene Änderung des Nutzungsverhaltens können Energiekosten eingespart werden.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
					Saldo	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
Dez. II	ZD 12 (Budget_ZD)	Einsparungen bei den Gebäudekosten bei Leerständen	Durch eine Reduzierung bestehender, oftmals auch kleinteiliger Leerstände sollen Gebäudekosten eingespart werden.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	25.000	50.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
					Saldo	25.000	50.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
Gesamtsumme Cluster Immobilienbewirtschaftung und Portfoliomanagement					Ertrag	1.000.000	1.500.000	1.000.000	1.000.000	1.100.000	1.100.000	1.200.000	1.200.000	1.300.000
					Personalaufwand	0	125.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
					Weiterer Aufwand	2.060.000	3.610.000	3.885.000	4.410.000	4.660.000	4.910.000	5.160.000	5.410.000	5.660.000
					Saldo	3.060.000	5.235.000	5.035.000	5.560.000	5.910.000	6.160.000	6.510.000	6.760.000	7.110.000

Zurück
Kapitel 5.5

Digitalisierung, KI und Prozesse

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. II	33	Digitalisierung und KI im Bürgerservice	Durch die fortschreitende Digitalisierung sowie OZG Verfahren und den Einsatz von KI können in den kommenden Jahren weitere Stellen abgebaut werden (Annahme 80.000 EUR pro Stelle inkl. Tarifabschlu�ssteigerungen).	1201	Ertrag									
					Personalaufwand	80.000	300.000	500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	80.000	300.000	500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Dez. III	III/CDO	Digitalisierung Nacherfassung	Digitales Nacherfassen bei fehlenden Unterlagen in Antragsprozessen. Ziel ist es, keine aufwändigen manuellen Nachfassungsbescheide zu erstellen, sondern eine automatisierte Nacherfassung zu ermöglichen, mit der nachgeforderte Unterlagen direkt in die richtige E-Akte bzw. ins Fachverfahren gespielt werden.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand	0	160.000	320.000	480.000	640.000	800.000	960.000	1.120.000	1.280.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	160.000	320.000	480.000	640.000	800.000	960.000	1.120.000	1.280.000
Dez. III	III/CDO	Einstellung analoger Postversand	Einstellung des analogen Postversands bis Ende 2027 – Einsparung von Papier-, Porto- und Versandkosten	1131	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. III	III/CDO	Onlinedienste für alle Dienstleistungen	Verpflichtende Onlinedienste für alle Dienstleistungen und Abschaffung aller verbliebenen Papierformulare bis Ende 2028. Schätzungsweise wird das manuelle übertragen von bis zu 20.000 Formularen eingespart. Bei angenommenen 10 Minuten je Formular ergibt sich eine rechnerische Einsparung von ca. 2 VZÄ über die Gesamtverwaltung.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand	40.000	80.000	120.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	40.000	80.000	120.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000
Dez. III	16	Reduzierung Papierverbrauch	Papierverbrauch der gesamten Stadtverwaltung soll reduziert werden	1131	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. V	53	Online-Terminvergabe im Gesundheitsamt	Konsequente Umsetzung der Online-Terminvergabe in allen medizinischen Bereichen führt mittelfristig zur Einsparung von 1,0 VZÄ MFA�	4101	Ertrag									
					Personalaufwand		80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Dez. V	53	Schließung ServicePoint im Gesundheitsamt	Unter der Voraussetzung einer funktionierenden BOT-Lösung kann die Schließung des ServicePoint erfolgen. Bis zur Umsetzung Verlagerung der Aufgabe auf die 115.	4101	Ertrag									
					Personalaufwand	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. III	III/CDO	Stadtweite Online-Terminvergabe	Hochrechnung des gesamtstädtischen Potentials für die Umstellung auf Online-Terminvergabe, analog zur Schätzung von Amt 53. Ziel ist es, stadtweit keine personellen Ressourcen für die Terminvereinbarung zu verwenden. Einsparung von bis zu 4 VZÄ über die gesamte Stadt werden angenommen	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand	20.000	80.000	120.000	140.000	200.000	320.000	320.000	320.000	320.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	20.000	80.000	120.000	140.000	200.000	320.000	320.000	320.000	320.000
Dez. III	11	Reduzierung Fachverfahren	Derzeit startet in der IT ein Projekt ALM (Application Lifecycle Management). Ziel ist es, anhand definierter Kriterien (z. B. Kosten, Nutzung, Kritikalität, Zukunftsfähigkeit) eine Bewertung von Applikationen vorzunehmen. In Abhängigkeit von Zielsetzung und Akzeptanz lassen sich daraus Einsparpotenziale ableiten.	1108	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		100.000	150.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
					Saldo	0	100.000	150.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Dez. III	11	Einsparung beim Kauf von Headsets	Verringerung der Qualität der eingesetzten Headsets. Einsatz von schnurgebundenen Headsets im unteren Preisniveau.	1108	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	130.000	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500
					Saldo	130.000	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500	19.500
Dez. III	11/ III/CDO	Weiteres potenzielles Clustervolumen	Pauschale Einsparbeiträgen weiterer (noch undefinierter) Maßnahmen auf Cluster hochgerechnet.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand		2.571.167	5.142.333	10.284.667	15.427.000	25.711.667	25.711.667	25.711.667	25.711.667
					Weiterer Aufwand		-1.000.000	-2.000.000	-3.000.000	-4.000.000	-5.000.000	-5.000.000	-5.000.000	-5.000.000
					Saldo	0	1.571.167	3.142.333	7.284.667	11.427.000	20.711.667	20.711.667	20.711.667	20.711.667
Gesamtsumme Cluster Digitalisierung, KI und Prozesse					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	270.000	3.401.167	6.412.333	12.274.667	17.637.000	28.201.667	28.361.667	28.521.667	28.681.667
					Weiterer Aufwand	170.000	-840.500	-1.790.500	-2.740.500	-3.740.500	-4.740.500	-4.740.500	-4.740.500	-4.740.500
					Saldo	440.000	2.560.667	4.621.833	9.534.167	13.896.500	23.461.167	23.621.167	23.781.167	23.941.167

Zurück
Kapitel 5.6

Personal und Orga

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)										
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung										
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
Dez. III	11	Weiterentwicklung personalwirtschaftlichen Eignungsmanagement	Steuerung der Eignungsprozesse durch u.a. Kürzere Fristen zur Überprüfung von Dienstfähigkeit, fachlicher u. persönlicher Eignung; konsequente Umsetzung der Maßnahmen.	1127	Ertrag										
					Personalaufwand	65.000	130.000	195.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	65.000	130.000	195.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000
Dez. III	11	Kosten für Dienstreisen reduzieren		Gesamt-städtisch	Ertrag										
					Personalaufwand	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Dez. III	11	Talentprogramm in größeren Abständen durchführen		1106	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand		39.000		39.000		39.000		39.000		
					Saldo	0	39.000	0	39.000	0	39.000	0	39.000	0	
Dez. III	11	Urlaubs- / Krankheitsvertretungen	Zusätzliches Personal für längerfristige Vertretungen soll nur hälftig "für das Wichtigste" eingesetzt werden.	Gesamt-städtisch	Ertrag										
					Personalaufwand	85.000	170.000	255.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	85.000	170.000	255.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000
Dez. III	11	Anpassung des Fortbildungsbudgets	Konsolidierungsorientierte Überprüfung und damit einhergehende Anpassung des Fortbildungsbudgets.	1106	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
					Saldo	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Dez. III	III/AAG	Optimierung Gesundheitsmanagement	Förderung von Teamevents reduzieren	1119	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
					Saldo	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Dez. III	11	Einstellungs -und Wiederbesetzungsstopp	Besetzungssperren für sechs Monate langfristig umsetzen	Gesamt-städtisch	Ertrag										
					Personalaufwand	2.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	2.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
Dez. III	11	Anpassung der Azubi-Einstellungen an veränderte Bedarfe		1106 1127	Ertrag										
					Personalaufwand	-1.130.000	-90.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	-1.130.000	-90.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000	310.000
Dez. III	11	Kein kostenfreies Deutschlandticket mehr für Azubis ab Einstellung 1.8./1.9.27	Ab dem Einstellungsjahrgang 2027 wird kein kostenfreies Deutschlandticket mehr für die Auszubildenden angeboten.	1106	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand		140.000	150.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
					Saldo	0	140.000	150.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
Dez. III	11	Kosten für das Deutschlandticket – Zuschüsse an Mitarbeitende -		1106	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand		151.800	152.390	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409
					Saldo	0	151.800	152.390	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409	149.409

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. III	11	Verzicht Azubifahrt	Azubi-Fahrt durch deutlich preiswertere Angebote ohne Übernachtung ersetzen.	1106	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. III	11	Onboarding / Azubiübernahme (Speed-Dating)	Anzahl der Onboarding-Veranstaltungen für neue MA reduzieren, anderes Format für Azubi-Übernahme umsetzen	1106	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. III	11	Personalmarketing	Reduzierung von Marketingkampagnen und Stellenausschreibungen auf Job-Portalen	1106	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
					Saldo	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
Dez. III	11	Differenzierte Betrachtung von Führungsspannen	Gezielte Überprüfung und Neuzuschnitt von Führungsspannen und Organisationseinheiten	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand	80.000	160.000	240.000	320.000	320.000	320.000	320.000	320.000	320.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	80.000	160.000	240.000	320.000	320.000	320.000	320.000	320.000	320.000
Dez. III	11	Verlagerung dezentraler Kompetenzen zum Amt 11	Ressourcen zentralisieren, damit Doppelstrukturen vermieden werden	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand		80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Dez. III	11	Hard- und Softwarebeschaffungen wirtschaftlicher gestalten	IT-Aufträge für Neubeschaffungen bzw. zusätzliche Hard-/Software außerhalb der Standardausstattung werden nur weiter bearbeitet, wenn damit Effizienzgewinne erzielt werden.	1108	Ertrag									
					Personalaufwand	80.000	160.000	240.000	320.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	80.000	160.000	240.000	320.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
Dez. III	11	Etat für Beraterverträge um 50 Prozent kürzen	Berateraufträge auf Notwendigstes reduzieren, bei Beauftragung KPI entwickeln, regelmäßiges Monitoring des Erfolgs	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	125.000	250.000	375.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	125.000	250.000	375.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Dez. III	11	Orga-Arbeit verändern - kritische Prüfung aller Wiederbesetzungen, Prozessdarstellung bei WB (Projekt Prozess 360)	Stärkere Priorisierung bei Besetzungen, Prozessdarstellungen, Kritische Würdigung der Aufgaben, ...	1127	Ertrag									
					Personalaufwand	225.000	450.000	675.000	850.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	225.000	450.000	675.000	850.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Dez. III	11	Kündigung DV Flexy Desk	Die in der DV vereinbarten Verdichtungsziele für die Arbeitsplätze sollen weiterentwickelt werden und Mittel für arbeitsunterstützende Maßnahmen, die den Fachbereichen aus dem Verdichtungsgewinnen bisher zukommen, sollen reduziert werden.	1106	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	75.000	150.000	150.000	0	0	0	0	0	0
					Saldo	75.000	150.000	150.000	0	0	0	0	0	0

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. I	01	Reduzierung Umfang Geschäftsbesorgungsvertrag BoMa	Der aktuelle Umfang beträgt 2,5 Mio. Ziel ist eine Reduzierung des Ansatzes bei Ref. 01. Hierfür ist eine Vertragsanpassung notwendig.	5707	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Dez. I	01	Reduzierung zentraler interner Kommunikation	Aktuell besteht die interne Kommunikation aus zentralen (Amt 01) und dezentralen Elementen in den Fachbereichen (BOP). Die Maßnahme zielt auf die Reduzierung der zentralen Elemente.	1105	Ertrag									
					Personalaufwand	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
Dez. III	11	Aufgaben / Kosten Veränderungslots*innen, Ausbildungsbeauftragte prüfen/zurücknehmen		1127	Ertrag									
					Personalaufwand	80.000	170.000	330.000	490.000	650.000	810.000	970.000	970.000	970.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	80.000	170.000	330.000	490.000	650.000	810.000	970.000	970.000	970.000
Gesamtsumme Cluster Personal und Orga					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	1.805.000	4.550.000	5.645.000	6.290.000	6.680.000	6.840.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000
					Weiterer Aufwand	900.000	1.430.800	1.527.390	1.478.409	1.439.409	1.478.409	1.439.409	1.478.409	1.439.409
					Saldo	2.705.000	5.980.800	7.172.390	7.768.409	8.119.409	8.318.409	8.439.409	8.478.409	8.439.409

**Zurück
Kapitel 5.7**

Sicherheit und Ordnung

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. III	37	Reduzierung Brandschutzfortbildung	Organisatorische Änderung des Ablaufs der Brandschutzfortbildung durch Dezentralisierung sowie Kürzung der Fortbildungszeit um einen Tag, dadurch Einsparung von Abwesenheitszeiten des Wachpersonals.	1205	Ertrag									
					Personalaufwand	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400	93.400
Dez. III	37	Gebührenausschüttung "Vorbeugender Brandschutz"	Steigerung der Gebühreneinnahmen im Bereich des Vorbeugenden Brandschutzes durch gezielte Erweiterung und stärkere Inanspruchnahme kostenpflichtiger Leistungen.	1205	Ertrag	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. III	37	Gebührenerhöhung "Rettungsdienstschule"	Anpassung der Lehrgangsgebühren (Rettungssanitäterausbildung, Rettungssanitäterfortbildung, Praxisanleiterausbildung, Praxisanleiterfortbildung, BI-Lehrgang) mittels Einrechnung eines Inflationsausgleichs von 5% für die folgenden Jahre.	1205	Ertrag	6.000	11.000	16.000	23.000	29.000	36.000	36.000	36.000	36.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	6.000	11.000	16.000	23.000	29.000	36.000	36.000	36.000	36.000
Dez. III	37	Erhöhung Alarmdienstanteil TD-Stellen	Einbindung des Tagesdienstpersonals im Alarmdienst, dadurch Einsparung von Personalaufwendungen.	1206	Ertrag									
					Personalaufwand	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900	353.900
Dez. III	37	Optimierung Bekleidungsbeschaffung	Reduktion des Ansatzes für die Vollausrüstung.	1207	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000
					Saldo	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000
Dez. III	38 KKM	Auflösung der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft „Auf dem Esch“	Teiltrückbau und Veräußerung nicht mehr benötigter Leichtbauhallen, Container- und Sanitäranlagen	1216	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
					Saldo	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Dez. III	37	Gebührenerhöhung "Feuerwehrschule"	Anpassung der Lehrgangsgebühren (z. B. Grundlehrgang Brandmeisteranwärter)	1205	Ertrag	17.000	36.000	56.000	76.000	98.000	120.000	120.000	120.000	120.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	17.000	36.000	56.000	76.000	98.000	120.000	120.000	120.000	120.000
Gesamtsumme Cluster Sicherheit und Ordnung					Ertrag	43.000	67.000	92.000	119.000	147.000	176.000	176.000	176.000	176.000
					Personalaufwand	447.300	447.300	447.300	447.300	447.300	447.300	447.300	447.300	447.300
					Weiterer Aufwand	67.000	67.000	67.000	67.000	67.000	67.000	67.000	67.000	67.000
					Saldo	557.300	581.300	606.300	633.300	661.300	690.300	690.300	690.300	690.300

Zurück
Kapitel 5.8

Kultur und Integration

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. IV	04	Mehrerträge Zuweisungen vom Land	Eine Förderung von bestehenden Sachmitteln ist im Bereich "Kommunales Integrationsmanagement" grundsätzlich möglich. Bei der zukünftigen Abwicklung der Fördermaßnahme wird eine Berücksichtigung geprüft.	1112	Ertrag		17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000
Dez. IV	04	Minderaufwendungen Aufwendungen für Honorarkräfte	Die "Aufwendungen für Honorarkräfte" können von 67.600 EUR auf 50.000 EUR reduziert werden. Minderaufwand i. H. v. 17.600 EUR.	1112	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600
					Saldo	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600	17.600
Dez. IV	41	Reduzierung Zuschuss Kulturinstitute AöR	Dämpfung des Transferaufwandes an die Kulturinstitute Bochum AöR. Dämpfung ansteigend um 250.000 = 2,25 Mio EUR im Endausbau	2516	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	208.333	500.000	750.000	1.000.000	1.250.000	1.500.000	1.750.000	2.000.000	2.250.000
					Saldo	208.333	500.000	750.000	1.000.000	1.250.000	1.500.000	1.750.000	2.000.000	2.250.000
Dez. IV	41	Freilichtbühne	Aufgabe der Freilichtbühne. Nach Renovierung von Lohrheidestadion u. Waldbühne infrastrukturell nicht mehr zwingend notwendig. Großer Sanierungsstau von mindestens 1,5 Mio EUR. Einsparung der Geschäftsbesorgung an die BoVG, Gebäudeinstandhaltung, Baum- und Grünflächenpflege sowie notw. Baumaßnahmen	2513	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
					Saldo	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Dez. IV	41	Deutsches Bergbaumuseum	Reduktion der städtischen Zuwendung i.H.v. jährlich aktuell 1.264.000,- EUR um 10%	2511	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand				140.000	190.000	190.000	190.000	253.000	253.000
					Saldo				140.000	190.000	190.000	190.000	253.000	253.000
Dez. IV	41	Helfs Hof	Aufgabe des kulturhistorischen Museums "Helfs Hof", Einsparung von Miete und Nebenkosten und Personalaufwand	2515	Ertrag									
					Personalaufwand							86.264	86.264	86.264
					Weiterer Aufwand		16.800	17.400	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
					Saldo		16.800	17.400	18.000	18.000	18.000	104.264	104.264	104.264
Dez. IV	46	Erhöhung der Säumnisentgelte in den ersten drei Stufen	Die Säumnisentgelte sollen in den ersten drei Stufen (bisher ab 1. Fälligkeitstag 1,50 €, ab 8. Tag 3 €, ab 15 Tag 6 €) um jeweils 0,50 EUR erhöht werden.	2502	Ertrag	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. IV	46	Fahr- und Transportdienst zu Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen	Der Fahr- und Transportdienst zu den Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen soll nicht mehr von den Zentralen Diensten durchgeführt werden. Anstelle von ZD sollen zwei Bufdis die Kindergärten, Schulen und Seniorenheime anfahren und die Medienkisten ausliefern Ersparnis ZD rd. 38.000 EUR, Mehraufwendungen für Bufdis rd. 10.000 EUR	2502	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000
					Saldo	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000
Dez. IV	47	Reduzierung von Restaurierungen (Kunst im öffentlichen Raum)	Die Restaurierung von Kunstwerken im öffentlichen Raum soll auf das unbedingt erforderliche Maß reduziert werden.	2507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. IV	47	Entgelterhöhung	Die Höhe der Entgelte soll sozial verträglich angehoben werden	2507	Ertrag	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	6.000	6.000	6.000	6.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	6.000	6.000	6.000	6.000
Dez. IV	47	Entmietung der Villa Nora	Das stadteigene Gebäude Bergstraße 68 soll für die Nutzung als Verwaltungsgebäude hergerichtet werden, so dass ein Umzug aus den Räumen der Villa Nora erfolgen kann und die jährlichen Mietkosten eingespart werden können.	2507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			46.000	46.000	46.000	46.000	46.000	46.000	46.000
					Saldo			46.000	46.000	46.000	46.000	46.000	46.000	46.000
Dez. IV	47	Einführung Videoüberwachung im Kunstmuseum	Durch die Einrichtung einer Videoüberwachung wäre eine Reduzierung des Aufsichtspersonals möglich. Es gibt bereits einige Beispiele in anderen Museen. Auch bei Krankheitsspitzen müssen nicht gleich Ausstellungsbereiche geschlossen werden.	2507	Ertrag									
					Personalaufwand		40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo		40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Dez. IV	47	Einstellung Educationarbeit	Einsparung einer Stelle im Bereich der Educationarbeit sowie bei diverse Honorarverträgen	2507	Ertrag									
					Personalaufwand				66.000	66.000	66.000	66.000	66.000	66.000
					Weiterer Aufwand				50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Saldo				116.000	116.000	116.000	116.000	116.000	116.000
Dez. IV	48	Weitere Entgelterhöhung Musikschule ab 2029	Die Kursentgelte der Musikschule werden zum 01.08.29 um einen weiteren Schritt erhöht. Nach der Steigerung in 2026 wird hier eine moderate Steigerung von weiteren 7 % angestrebt	2508	Ertrag			71.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo			71.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. IV	48	Reduzierung von Unterrichtsstunden in der Musikschule	Die Verrentung von Lehrkräften kann genutzt werden, die Lehrkraftstunden zu reduzieren. Dies geschieht über Wiederbesetzungen mit reduziertem Stundenumfang, da ein Teil des Angebots jeweils weitergeführt werden muss. Den Einsparungen bei den Personalkosten steht eine Reduzierung der Erträge gegenüber. Der Wert ist hier bereits berücksichtigt.	2508	Ertrag									
					Personalaufwand	20.000	40.000	60.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	20.000	40.000	60.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
Dez. IV	48	Reduzierung des Sachaufwandsbudgets in der Musikschule	Der Etat für Sachausgaben wird in zwei Schritten um insgesamt 10% gesenkt.	2508	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
					Saldo	15.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Dez. IV	48	Umwandlung von pädagogischen Stunden	In begrenztem Umfang werden Stunden der pädagogischen Verwaltung in Unterrichtsstunden umgewandelt. Lehrkräfte der Musikschule haben Abminderungen ihrer Unterrichtsverpflichtung, um Aufgaben der päd. Leitung durchzuführen. Dies sind päd. Abteilungsleitungen, päd. Assistent*innen und Lehrkräfte mit Sonderaufgaben.	2508	Ertrag									
					Personalaufwand	5.000	15.000	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	5.000	15.000	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Dez. IV	48	Einsparung Personal Verwaltung	Durch Verrentung kann eine Verwaltungsstelle im Bereich Entgeltbearbeitung eingespart werden.	2508	Ertrag									
					Personalaufwand			80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo			80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Dez. IV		Weiteres potenzielles Clustervolumen	Reduzierung von Öffnungszeiten, Entgelterhöhungen, Schließung von Zweigstellen der Stadtbücherei, Reduzierung von Depotflächen Stadtarchiv	Diverse	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand				1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
					Saldo	0	0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Gesamtsumme Cluster Kultur und Integration					Ertrag	15.500	32.500	103.500	202.500	202.500	205.000	205.000	205.000	205.000
					Personalaufwand	25.000	95.000	205.000	306.000	306.000	306.000	392.264	392.264	392.264
					Weiterer Aufwand	438.933	762.400	1.059.000	2.499.600	2.799.600	3.049.600	3.299.600	3.612.600	3.862.600
					Saldo	479.433	889.900	1.367.500	3.008.100	3.308.100	3.560.600	3.896.864	4.209.864	4.459.864

Zurück
Kapitel 5.9

Schule und Bildung

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. IV	40	Einsparung Stelle Rechtsberatung Schulamts	Durch Einsparung einer Stelle zur Rechtsberatung im Schulamts kann der Personalaufwand reduziert werden.	2107	Ertrag									
					Personalaufwand	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Dez. IV	40	Einsparung Linien Schülerspezialverkehr Förderschwerpunkt Lernen, Klassen 5-10	Ab dem Schuljahr 27/28 werden für die Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen (FS Else-Hirsch, FS Cruismann) nur die Jahrgangsstufen 1-4 im Rahmen des Schülerspezialverkehrs befördert. Wegfall der Beförderung der Jahrgangsstufen 5 - 10 im Förderschwerpunkt Lernen Aktuell werden alle Jahrgangsstufen (1 bis 10) befördert. Aktuell eine großzügige Auslegung der Schülerfahrkostenverordnung. Durch die Einsparung würden 1-2 Linien entfallen.	2105	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	115.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000
					Saldo	115.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000
Dez. IV	40	Einsparung Linien Schülerspezialverkehr Förderschwerpunkt Lernen, Klassen 1-4	Ab dem Schuljahr 29/30 keine Beförderung für die Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen (FS Else-Hirsch, FS Cruismann) im Rahmen des Schülerspezialverkehrs. Wegfall der Beförderung der Jahrgangsstufen 1 -4 Aktuell werden alle Jahrgangsstufen (1 bis 10) befördert. Die bisherige Vorgehensweise wird evaluiert und an die aktuellen Mindestgesetzesanforderungen angepasst. Durch die Einsparung würden weitere 1 -2 Linien entfallen.	2105	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			135.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000
					Saldo			135.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000	290.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)										
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung										
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
Dez. IV	40	Einsparung weiterer Linien Schülerspezialverkehr	Im Bereich Förderschwerpunkt Sprache (FS Brüder-Grimm) wird ab dem Schuljahr 31/32 nur noch die Jahrgangsstufe 1 und 2 im Rahmen des Schülerspezialverkehrs befördert. Aktuell werden alle Jahrgangsstufen (1 bis 4) in 5 Linien befördert. Aktuell eine großzügige Auslegung der Schülerfahrkostenverordnung. Durch die Einsparung würden 2 der 5 Linien entfallen.	2105	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand					80.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
					Saldo					80.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Dez. IV	40	Neuorganisation der Finanzierung Digitaler Endgeräte in Schulen	Zur Finanzierung Digitaler Endgeräte an Schulen werden neue alternative Finanzierungsformen organisiert.	2108	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	4.489.372	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
					Saldo	4.489.372	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Dez. IV	40	Optimierung Kostendeckungsgrad OGS	Sofern trotz übertragenem Rechtsanspruch keine auskömmliche Finanzierung durch Land/Bund sichergestellt wird, muss die Finanzierung des OGS Angebotes neu organisiert werden. Bei Wegfall der Befreiungsgrenze, Erhöhung der Beiträge sowie gleichzeitiger Absenkung der Betreuungsstandards sind Einnahme- und Ausgabeverbesserungen erwartbar.	2104	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand			1.449.746	4.937.012	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783
					Saldo			1.449.746	4.937.012	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783	6.958.783
Gesamtsumme Cluster Schule und Bildung					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
					Personalaufwand	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	
					Weiterer Aufwand	4.604.372	1.290.000	2.874.746	6.517.012	8.618.783	8.738.783	8.738.783	8.738.783	8.738.783	
					Saldo	4.644.372	1.330.000	2.914.746	6.557.012	8.658.783	8.778.783	8.778.783	8.778.783	8.778.783	

Zurück
Kapitel 5.10

Sport

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. IV	52	Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sportstätten	Die in der Entgeltordnung der Stadt Bochum ausgewiesenen Entgelte für die Nutzung von Sportstätten (insb. durch Vereine) werden im Schnitt um 60 % erhöht. Ein Teil der daraus resultierenden Mehrerträge wird verwendet als Refinanzierung für eine neue Stelle zum Belegungsmanagement. Nach 5 Jahren wird geprüft, ob eine weitere Erhöhung um 10 % realisiert wird.	4201	Ertrag	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	110.000	110.000	110.000	110.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	110.000	110.000	110.000	110.000
Dez. IV	52	Einsparung/Reduzierung der finanziellen Sportförderung an Vereine	Senkung der im Haushalt verankerten Mittel für die finanzielle Sportförderung für Vereine bzw. Streichung von Einzelförderungen an den SSB für Projekte (z. B. "Hoch hinaus").	4204	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		20.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Saldo	0	20.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Dez. IV	52	Aufgabe der Badestelle an der Ruhr	Die Badestelle an der Ruhr wird aufgegeben.	4201	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
					Saldo	0	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Dez. IV	52	Aufgabe von Sportplätzen	Es wird angestrebt, in der Zukunft zwei Sportplätze aufzugeben. Eine entsprechende Evalutation soll im Rahmen der neuen Sportstättenentwicklungsplanung erfolgen, deren Ergebnis vsl. im Sommer 2027 vorliegen wird. Eine Einsparung erfolgt insb. im ZD-Budget.	4201	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Saldo	0	0	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Gesamtsumme Cluster Sport					Ertrag	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	110.000	110.000	110.000	110.000
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	0	50.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000
					Saldo	80.000	130.000	270.000	270.000	270.000	300.000	300.000	300.000	300.000

Zurück
Kapitel 5.11

Gesundheit

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	Einsparvolumen										
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung										
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
Dez. V	53	Gesamtmaßnahmen ÖGD	Im ÖGD werden, abgesehen von Gesund vor Ort, ausschließlich Pflichtaufgaben (insbesondere nach ÖGDG, PsychKG, IfSG, TrinkwV, ZSKG, Gesundheitsicherstellungsgesetz, SGB V, VIII, IX, KKG) durchgeführt. Entsprechend erfolgt die Bewertung unter einer Verschärfung der Prozessoptimierung.	4101	Ertrag										
					Personalaufwand	99.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	99.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000
Dez. V	53	Gebührenanpassung	Umstellung des Verfahrens auf Fallpauschalen, Anpassung der Gebührensatzung, Mehreinnahmen durch konsequente Umsetzung der Gebührenpflicht im Trinkwasserbereich, Ausweitung bei überwachungspflichtigen Einrichtungen im Bereich Kosmetik und Podologie	4101	Ertrag	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Dez. V	53	Anpassung des ärztlichen Bereitschaftsdienst	Anpassung von Bereitschaftsdienstzeiten bei den Ärzten	4101	Ertrag										
					Personalaufwand	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Weiterer Aufwand										
					Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. V	53	Zuschuss cafe Fluid	Streichung des Zuschusses an die Aidshilfe Bochum für den Betrieb des Cafe Fluid	4101	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
					Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Dez. V	53	Reduzierung von freiwilligen Zuwendungen im Bereich Gesundheitswesen	Reduzierung von freiwillige Zuwendungen an die Krebsgesellschaft: 26.326, Diakonie (vormals Die Brücke e.V.) für den Betrieb des Schulcafes: 25.900, Madonna Projekt Neue Wege : 24.000 Kreuzbund: 4.800, Kontaktclub Bochum Werne: 300:	4101	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand		80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
					Saldo	-	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Dez. V	53	Optimierung der Gehörlosenhilfe	Aufgabe der Beratungsstelle in der Alsenstraße, Verlagerung der inhaltlichen Aufgabe zum Zentrum für Gehörlosenkultur Dortmund, Vorhaltung einer Erstanlaufstelle im GA besetzt mit 1 x SMA	4101	Ertrag										
					Personalaufwand			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
					Weiterer Aufwand			5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
					Saldo			10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Gesamtsumme Cluster Gesundheit					Ertrag	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	
					Personalaufwand	119.000	67.000	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000	
					Weiterer Aufwand	30.000	110.000	115.000	115.000	115.000	115.000	115.000	115.000	115.000	
					Saldo	179.000	207.000	217.000	217.000	217.000	217.000	217.000	217.000	217.000	

Jugend

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	Einsparvolumen									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. V	51	Gesetzesänderungen / Aufgabe von freiwilligen Leistungen	Stadtranderholung wird aufgegeben, Kündigung des Vertrags mit den Trägern	3602	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. V	51	Optimierung Kostendeckungsgrad KiTa	Sofern keine auskömmliche Finanzierung durch Land/Bund sichergestellt wird, muss die Finanzierung des KiTa-Angebotes neu organisiert werden.	3601	Ertrag			700.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			2.682.941	5.365.882	5.365.882	5.365.882	5.365.882	5.365.882	5.365.882
					Saldo	0	0	3.382.941	6.865.882	6.865.882	6.865.882	6.865.882	6.865.882	6.865.882
Dez. V	51	Evaluierung der Angebote der Jugendförderung	Neuausrichtung des Leistungsangebotes und Abbau von Doppelstrukturen und Prüfung mobiler Angebote.	3602	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000
					Saldo	0	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000	139.000
Dez. V	51	Ferienaktionen wieder kostenpflichtig gestalten	Der Ferienpass ist seit der Corona-Pandemie für alle Kinder kostenlos. Er berechtigt zum kostenlosen oder ermäßigten Eintritt an Attraktionen in Bochum in der Ferienzeit, z. B. in die Wasserwelten.	3607	Ertrag			50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	0	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. V	51	Reduzierung der Vertretungsstützpunkte Kindertagespflege	Reduzierung der Vertretungsstützpunkt Kindertagespflege von 3 auf 2 ab 2027	3601	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	190.000	200.000	210.000	200.000	190.000	180.000	180.000	180.000	180.000
					Saldo	190.000	200.000	210.000	200.000	190.000	180.000	180.000	180.000	180.000
Dez. V	51	Werbveranstaltung für den Pflegekinderdienst	Werbveranstaltung für den Pflegekinderdienst im Rahmen des 50jährigen Bestehens, mit dem Ziel der Gewinnung von Pflegefamilien zur zukünftigen Einsparungen im Bereich der Aufwendungen der stationären Hilfen zur Erziehung (Pflegefamilie vor Heimerziehung)	3603	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	-10.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000
					Saldo	-10.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000
Dez. V	51	Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse	alle Zuwendungen, die nicht per Gesetz oder Gerichtsbeschluss gezahlt werden, werden 2029 um 50 % reduziert, im zweiten Schritt 2030 komplett eingespart.	3601 3602	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			1.347.592	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184
					Saldo	0	0	1.347.592	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184	2.695.184

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	Einsparvolumen									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. V	51	Einsparung bei HzE-Maßnahmen	Pädagogische Evaluierung und wirtschaftliche Optimierung der Kostenstrukturen bei den Unterbringungen.	3603	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand			3.000.000	3.500.000	4.000.000	4.500.000	5.000.000	5.500.000	6.000.000
					Saldo	0	0	3.000.000	3.500.000	4.000.000	4.500.000	5.000.000	5.500.000	6.000.000
Dez. V	51	Weiteres potenzielles Clustervolumen	Pauschale Einsparbeiträgen weiterer (noch undefinierter) Maßnahmen auf Cluster hochgerechnet.	3601-3611	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
					Saldo	0	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
Gesamtsumme Cluster Jugend					Ertrag	0	0	750.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	1.550.000	
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	230.000	732.000	7.772.533	12.293.066	12.783.066	13.273.066	13.773.066	14.273.066	14.773.066
					Saldo	230.000	732.000	8.522.533	13.843.066	14.333.066	14.823.066	15.323.066	15.823.066	16.323.066

Zurück
Kapitel 5.13

Soziales

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. V	50	Teilweise Zentralisierung von Flüchtlingsbüros	Die Aufgabe von Standorten der Flüchtlingsbüros (bei Wahrnehmung der Aufgaben vom Husemann Karree oder anderen Standorten aus) wird geprüft.	3103	Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	6.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
					Saldo	6.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
Dez. V	50	Einstellung der Schuldnerberatung, bzw. Festbetrag von 80.000€ einführen	Leistungsbeziehende erhalten keinen Gutschein mehr für eine Schuldnerberatung.	3102	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	170.000	170.000	169.864	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
					Saldo	170.000	170.000	169.864	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000	170.000
Dez. V	50	Prüfung der Heimpflegebedürftigkeit bei Pflegegrad 2 im Einzelfall	Pauschale Einsparbeiträgen weiterer (noch undefinierter) Maßnahmen auf Cluster hochgerechnet.	3115	Ertrag									
					Personalaufwand	-37.950	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900
					Weiterer Aufwand	720.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000	1.440.000
					Saldo	682.050	1.364.100	1.364.100	1.364.100	1.364.100	1.364.100	1.364.100	1.364.100	1.364.100
Dez. V	50	Sachkosten Seniorenbüros	Senkung der Seniorenbüro-Sachkosten durch günstigere Mieten und Nutzung städtischer Bestandsgebäude	3117	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
					Saldo	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Dez. V	50	Freiwillige Maßnahmen Amt 50 - Seniorenbüros	Alle Zuschüsse/ Zuwendungen, die nicht per Gesetz oder Gerichtsbeschluss gezahlt werden, werden 2029 um 50 % reduziert, im zweiten Schritt 2030 komplett eingespart.	3117	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	0	0	601.198	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397
					Saldo	0	0	601.198	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397	1.202.397
Dez. V	50	Freiwillige Maßnahmen Amt 50 - Alles außer Seniorenbüros	Alle Zuschüsse/ Zuwendungen, die nicht per Gesetz oder Gerichtsbeschluss gezahlt werden, werden 2029 um 50 % reduziert, im zweiten Schritt 2030 komplett eingespart.	3106	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	0	0	814.892	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784
					Saldo	0	0	814.892	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784	1.629.784
Dez. V	50	Halbierung der Seniorengroßveranstaltungen	Die mittels einem Rahmenvertrag mit der BoVG durchgeführten Seniorengroßveranstaltungen im RuhrCongress und in der Stadthalle WAT werden um 50 % reduziert (halb so viele Veranstaltungen).	3117	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
					Saldo	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Gesamtsumme Cluster Soziales					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	-37.950	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900	-75.900
					Weiterer Aufwand	956.000	1.714.000	3.129.954	4.546.181	4.546.181	4.546.181	4.546.181	4.546.181	4.546.181
					Saldo	918.050	1.638.100	3.054.054	4.470.281	4.470.281	4.470.281	4.470.281	4.470.281	4.470.281

Zurück
Kapitel 5.14

Infrastruktur

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. VI	66	Weiteres potenzielles Clustervolumen	Pauschale Einsparbeiträge noch undefinierter Maßnahmen im Bereich des Clusters Verkehrsinfrastruktur.	1213, 5303, 5304, 5401, 5402, 5403, 5405, 5407, 5408, 5409	Ertrag									
				Personalaufwand										
				Weiterer Aufwand					250.000	500.000	500.000	500.000	500.000	
				Saldo	0	0	0	0	250.000	500.000	500.000	500.000	500.000	
Gesamtsumme Cluster Infrastruktur					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	0	0	0	0	250.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	0	0	0	0	250.000	500.000	500.000	500.000	500.000

Zurück
Kapitel 5.15

Nachhaltigkeit

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. VI	VI/KN	Reduzierung Zentraler Ansatz Nachhaltigkeitsstrategie	Für Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie, die noch keiner Fachbereichszuständigkeit zugeordnet und insoweit auch nicht in den Fachbereichen etatisiert werden konnten, ist ein zentraler Haushaltsansatz i.H.v. 2,0 Mio € eingerichtet. Dieser kann um jährlich 500.000 € reduziert werden, da in den einzelnen Fachbereichen zusätzliche Nachhaltigkeitsmaßnahmen etatisiert sind.	Gesamt-städtisch	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Gesamtsumme Cluster Nachhaltigkeit					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
					Saldo	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000

Zurück
Kapitel 5.16

Stadtentwicklung

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. VI	61	Einsparungen Personal - Abteilung Wohnen und Projekte	Durch organisatorische Änderung, sowie Optimierung von Arbeitsabläufen kann eine Personaleinsparung vorgenommen werden.	5201 5203	Ertrag									
					Personalaufwand	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500	48.500
Dez. VI	61	Einsparungen Personal - Abteilung Stadtentwicklung	Durch Verzicht auf Nachbesetzung und Umstrukturierung ist eine Einsparung von Personalkosten möglich	5102	Ertrag									
					Personalaufwand	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100
					Weiterer Aufwand									
					Saldo	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100	108.100
Gesamtsumme Cluster Stadtentwicklung				Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
				Personalaufwand	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	
				Weiterer Aufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
				Saldo	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	156.600	

Zurück
Kapitel 5.17

Technischer Betrieb

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	Einsparvolumen									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. VI	68	Unterhaltung Park- und Grünanlagen (PGA)	Reduzierung der Unterhaltung von Park- und Grünanlagen bei gleichzeitiger Sicherstellung der Verkehrssicherheit.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900
					Saldo	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900	53.900
Dez. VI	68	Jahrespflege öffentliche Gebäude	Reduzierung der Unterhaltung von derzeit bestehenden Außenflächen an öffentlichen Gebäuden bei gleichzeitiger Sicherstellung der Verkehrssicherheit.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000
					Saldo	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000
Dez. VI	68	Unterhaltung Straßenbegleitgrün	Reduzierung der Unterhaltung im Straßenbegleitgrün (derzeitiger Bestand) auf Niveau der Verkehrssicherheit.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000
					Saldo	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000
Dez. VI	68	Spilleitplanung	Reduzierung der Unterhaltung von Spielgeräten auf städtischen Spielplätzen. Dies wird zu einer Evaluation des Spielplatzangebotes führen.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	0	0	525.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000
					Saldo	0	0	525.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000	1.050.000
Dez. VI	68	Baumbewässerung	Reduzierung der Jungbaumerhaltenden Bewässerung ab dem 4. Standjahr auf Grundlage des bis Juli 2026 in die Unterhaltung von 68 übergebenen Standorte. Es werden nur Extremstandorte bewässert. Maßnahme ist witterungsabhängig.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. VI	68	Maßnahmen Eichenprozessionsspinner (EPS)	Es besteht eine kommunale Verpflichtung die Bevölkerung auf öffentlichen Flächen vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Die Maßnahmen werden auf besondere Gefahrenlagen auf Kinderspielplätze und Schulhöfe reduziert. Da die Befallsentwicklung im Voraus nicht zu kalkulieren ist, beruht das Einsparvolumen auf Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre.	5507	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
					Saldo	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Dez. VI	68	Geschlossene Friedhöfe (Schlüsselfriedhöfe)	Durch die Zentralisierung der Friedhofsverwaltung am Hauptfriedhof stehen auf den Stadteilfriedhöfen weniger personelle Kapazitäten für Pflege und Unterhaltung zur Verfügung. Daher werden Leistungen wie Grünflächen-, Gehölz- und Wegepflege sowie die Laubentsorgung auf den geschlossenen Friedhöfen Leithe, Günnigfeld und Linden durch externe Fachunternehmen erbracht. So wird die ordnungsgemäße Unterhaltung dieser Standorte sichergestellt.	5502	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
					Saldo	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)										
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung										
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
Dez. VI	68	Ausbau Gräberfelder	Neue Grabfelder werden bedarfsgerecht ausgebaut und das Angebot an Bestattungsformen bezirksbezogen gebündelt, um Pflegeaufwand für wenig genutzte Flächen zu reduzieren. Gleichzeitig wird das Angebot an Grabarten regelmäßig an die tatsächliche Nachfrage sowie die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger angepasst. Ziel ist ein attraktives, vielfältiges und dauerhaft wirtschaftliches Friedhofsangebot mit angemessenen Pflege- und Unterhaltungskosten.	5502	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	
					Saldo	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	
Dez. VI	68	Übertragung ausgewählter Bestattungsarten an externe Dienstleister	Gräberfelder werden für Bestattungen durch externe Dienstleister bereitgestellt, während Vergabe und Nutzungsrechte beim Friedhofsträger verbleiben. Bestattungen und Grabpflege werden durch die Dienstleister übernommen, wodurch Personal- und Budgetressourcen nachhaltig entlastet werden. Die Umsetzung setzt die Verfügbarkeit geeigneter und leistungsfähiger Dienstleister voraus.	5502	Ertrag										
					Personalaufwand										
					Weiterer Aufwand	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
					Saldo	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
Gesamtsumme Cluster Technischer Betrieb					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
					Weiterer Aufwand	527.900	527.900	1.052.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	
					Saldo	527.900	527.900	1.052.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	1.577.900	

Zurück
Kapitel 5.18

Umwelt und Grün

Dez.	FB	Titel der Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahmen- und Zielbeschreibung	PrGr	HSK 2027 - Einsparvolumen (in Mio. Euro)									
					positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung									
					Zuordnung	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
Dez. VI	67	Stadtraumpflege	Der aktuelle Ansatz zur Stadtraumpflege wird von 1,4 Mio. EUR um die Hälfte reduziert.	5501	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000
					Saldo	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000	679.000
Dez. VI	67	Bochum blüht und summt	Bochum blüht und summt	5501	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
					Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Dez. VI	67	Förderprogramm Entsiegelung und Dach-/Fassadenbegrünung	Förderprogramm Entsiegelung und Dach-/Fassadenbegrünung	5501	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
					Saldo	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Dez. VI	67	Stadtbaumkonzept	Die geplanten Ansätze für das Stadtbaumkonzept (1 Mio. EUR) werden um 430.000 EUR reduziert. Die insgesamt etatisierten Mittel für Baumpflanzungen reichen aus, um die bestehende EU-Verordnung zum Erhalt von Grünflächen und Kronenabdeckung entsprechend zu erfüllen.	5501	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000
					Saldo	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000	430.000
Dez. VI	67	Weiteres potenzielles Clustervolumen	Weiteres potenzielles Clustervolumen	5501	Ertrag									
					Personalaufwand									
					Weiterer Aufwand		150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
					Saldo	0	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Gesamtsumme Cluster Umwelt und Grün					Ertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0
					Weiterer Aufwand	1.459.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000
					Saldo	1.459.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000	1.609.000

Zurück
Kapitel 5.19